Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1947)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanz-Direktion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Reinhard, E. / Moeckli, G.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417369

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZ-DIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1947

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**

Stellvertreter: Regierungsrat **E. Reinhard** vom 21. Januar bis 19. Juni 1947
Regierungsrat **G. Moeckli** ab 26. September 1947

A. Allgemeines

I.

Am 21. Januar wurde Herr Regierungsrat Ernst Reinhard als Nachfolger des auf 31. Dezember 1946 aus der Regierung ausgetretenen Herrn Robert Grimm zum Stellvertreter des Finanzdirektors bestimmt. Er versah dieses Amt bis zu seinem Tod am 19. Juni 1947. Der Finanzdirektor erhielt erst am 26. September 1947 wieder einen offiziellen Stellvertreter in der Person des Herrn Regierungsrat Georges Moeckli.

II.

Die Finanzdirektion hat im Berichtsjahr mit einer systematischen Überprüfung ihrer Organisation begonnen mit dem Zweck, eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates herbeizuführen und Einsparungen zu erzielen. Für diese Arbeiten wurde der frühere Finanzsekretär und heutige stellvertretende Direktor der Allgemeinen Treuhand AG., Herr Dr. Rudolf Probst, als Experte beigezogen. Seine Untersuchungen konnten mit dem Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden. Über die einzelnen Unterabteilungen der Finanzdirektion sind gesonderte Berichte erstellt worden, die nunmehr vollständig vorliegen. Sie bilden zurzeit den Gegenstand eingehenden Studiums durch die Finanzdirektion und werden alsdann die Grundlage für eine Besprechung mit den Chefbeamten bilden. Gestützt darauf wird die Finanzdirektion den zuständigen Behörden ihre Anträge stellen.

Auf Antrag der Finanzdirektion hat der Regierungsrat beschlossen, die bei der Finanzdirektion angehobene Untersuchung auf die gesamte Staatsverwaltung auszudehnen. Mit ihrer Durchführung wurde die Finanzdirektion beauftragt.

III.

Die durch Grossratsbeschluss vom 25. November 1946 provisorisch geschaffene Liegenschaftsverwaltung hat am 1. Februar des Berichtsjahres ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird einstweilen als Unterabteilung des Direktionssekretariates geführt. Als Liegenschaftsverwalter wurde der bisherige Adjunkt des Finanzinspektorates, Herr Hans Gasser, provisorisch gewählt. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf den Bericht der Domänenverwaltung.

IV.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1947 schliesst mit einem Einnahmenüberschuss der Betriebsrechnung von Fr. 613 729.99 ab. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet

dies eine Verbesserung von Fr. 503 464.39. Im Voranschlag war ein Ausgabenüberschuss von Fr. 8 604 332 vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeitigt somit eine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag von Franken 9 218 061.99. An diesem günstigen Ergebnis haben vor allem beigetragen: durch Mehreinnahmen: die direkten Steuern, die Gebühren, die Anteile an eidgenössischen Abgaben, die Erbschafts- und Schenkungssteuern, der Anteil am Ertrag des Alkoholmonopols, die Stempelsteuer und die Staatswaldungen; durch Minderausgaben: das Armenwesen, die Volkswirtschaft und das Militär.

Das Staatsvermögen vermehrte sich um Franken 2 614 594.98 und betrug Ende Dezember 1947 Fr. 33 069 952.09.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei nähern Aufschluss.

V.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere neue Erlasse auf:

a) Dekret vom 14. Mai 1947 über den kantonalen Steuerausgleichsfonds.

b) Dekret vom 24. Februar 1947 betreffend die Sanierung der Lehrerversicherungskasse.

c) Dekret vom 25. November 1947 betreffend den Geschäftskreis der Hypothekarkasse des Kantons Bern.

d) Dekret vom 16. September 1947 über die Gewährung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal für das Jahr 1948.

e) Dekret vom 16. September 1947 über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1948 an die Rentenbezüger der Hülfskasse.

f) Dekret vom 16. September 1947 über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 1947.

g) Dekret vom 16. September 1947 über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage 1947 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

VI.

Motionen und Postulate.

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes. Es liegt ein erster Vorentwurf vor.
2. Postulat Weber betreffend Steuerbefreiung von Fürsorgeeinrichtungen von Arbeitgeberverbänden. Die Begehren dieses Postulates wurden im Rahmen einer Untersuchung über die Durchführung einer Teilrevision des Steuergesetzes geprüft (siehe auch Ziff. 3).
3. Postulat Bickel betreffend Teilrevision des Steuergesetzes. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat in der Septembersession des laufenden Jahres Bericht erstatten.
4. Postulat Marti betreffend Einreihung der Funktionäre der Amtsbezirke in die Besoldungsklassen. Die Überprüfung der Besoldungseinreihung durch eine Sonderkommission ist im Gang.
5. Postulat Zimmermann betreffend Finanzausgleich zwischen den Gemeinden. Die Lösung eines Finanzausgleichs zwischen den bernischen Gemeinden wird bis zu einem gewissen Grad von den Ergebnissen der Bundesfinanzreform beeinflusst, die noch abzuwarten sind.
6. Postulat der Staatswirtschaftskommission betreffend Überprüfung der verfassungsmässigen Finanzkompetenzen der Staatsbehörden. Das Postulat ist in Prüfung.

VII.

Jahresbericht und Jahresrechnung der Bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Die anhaltende gute Konjunktur hatte im allgemeinen ein weiteres Erstarken der Finanzlage in den Gemeinden und ein Rekordtief der Arbeitslosenzahlen zur Folge. Diese günstigen Verhältnisse sind von vielen Gemeinden zur Entschuldung genutzt worden. Die Bernische Kreditkasse brauchte auch im Berichtsjahr und damit nun schon seit 6 Jahren keine neuen Darlehen mehr zu gewähren. Der Darlehensbestand hat eine Verminderung um Fr. 654 249.55 erfahren und ist von Fr. 2 442 712.60 Ende 1946 auf Fr. 1 788 463.05 Ende 1947 zurückgegangen. Von den 28 saldierten Darlehen betreffen 24 solche jurassischer Gemeinden.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 5 324.35 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1947 einen Bestand von Fr. 165 255.20 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1947 Fr. 2 357 867.45 gegenüber Fr. 2 563 492.40 auf Ende 1946. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses belaufen sich im Berichtsjahr auf Fr. 281 128.80.

VIII.

Über die **Amtskautionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1947):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kaution geleistet durch						
	Amtsbürgschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	Total Kautionspflichtige
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	36					2	38
Beamte der Bezirksverwaltung	80	3				2	85
Angestellte der Bezirksverwaltung	237	6		1	1	1	246
Anstaltspersonal	40	2	1	2	1		46
Oberwegmeister	21			1			22
Kreiskommandanten	6						6
Sektionschefs	207	3		1		7	218
Nachführungsgeometer	29	1			1		31
Betreibungsgehilfen	151	2	1			4	158
Personal der Hypothekarkasse	50						50
	857	17	2	5	3	16	900
rund (in %)	95,3	1,9	0,2	0,5	0,4	1,7	100

B. Verwaltung

I. Direktionsbureau

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1947 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern): Nachlassgesuche in Steuersachen 7817 (8412); Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 3264 (3260); Entscheide über amtliche Inventaraufnahmen 2175 (1892), wobei in 47 Fällen (31) ein Inventar angeordnet wurde.

An Bezugs- und Zahlungsanweisungen wurden durch die Direktion kontrolliert und vom Direktor, von den Sekretären und dem Finanzinspektor unterzeichnet 9107 (10,095).

II. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Im Bestande des Personals der Kantonsbuchhalterei trat im Jahre 1947 keine Veränderung ein.

Visa und Rechnungsführung

Die Anzahl der geprüften und visierten Einzel- und Kollektivanweisungen der Direktionen betrug 57 287 (62 276). Auf die Betriebsrechnung entfallen 33 351 (36 145) Anweisungen und 23 936 (26 131) auf die Vermögensrechnung. Die Bezugsanweisungen erreichten im Total eine Summe von Fr. 919 535 874.96 (Franken 946 951 285.88) und die Zahlungsanweisungen eine solche von Fr. 935 271 310.73 (Fr. 992 164 290.27). Zum Vollzug durch die Amtsschaffnereien wurden aufgegeben Bezugsanweisungen im Betrage von Franken 118 417 972.59 (Fr. 155 883 730.66) und Zahlungsanweisungen von Fr. 134 153 408.36 (Fr. 201 096 735.05).

Für gegenseitige Buchungen und Abrechnungen mit Dritten ohne Geldbewegung ergeben die dafür ausgestellten Anweisungen einen Gesamtbetrag von Franken 801 117 902.37 (Fr. 791 067 555.22). Wesentliche Beanstandungen des Visums und der Rechnungsführung und -legung bei der Zentralverwaltung und den Spezialverwaltungen sind nicht zu verzeichnen.

Allgemeine Kassen

Die Abwicklung über die den Amtsschaffnereien zum Vollzug aufgegebenen Bezugs- und Zahlungsanweisungen gestaltete sich wie folgt:

Bezugsanweisungen (Aktivausstände)

Ausstände vom Vorjahr	Fr. 55 049 218.—
Neue Bezugsanweisungen in 1947	» 118 417 972.59
Zusammen zu liquidieren	Fr. 173 467 190.59
Einnahmen in 1947	Fr. 122 052 270.95
Ausstand am Ende des Jahres .	» 51 414 919.64
Zusammen, wie oben	Fr. 173 467 190.59

Zahlungsanweisungen (Passivausstände)

Unvollzogene auf Ende 1946 . .	Fr. 10 712 129.79
Neue Zahlungsanweisungen in 1947	» 134 153 408.36
Zusammen zu liquidieren	Fr. 144 865 538.15
Auszahlungen in 1947.	Fr. 122 313 382.54
Unvollzogene auf Ende des Jahres	» 22 552 155.61
Zusammen, wie oben	Fr. 144 865 538.15

Auf Ende des Jahres erreichten die Ausstände der direkten Steuern die Summe von Fr. 35 841 476.02, wovon Fr. 23 776 778.91 auf die Amtsschaffnereien und Fr. 12 064 697.11 auf die Gemeinde Bern entfallen, diejenigen der eidgenössischen Steuern Fr. 20 581 657.25.

Durch die Kantonalbank und ihre Zweiganstalten sind für Rechnung der Staatskasse Zahlungen ausgeführt worden im Gesamtbetrag von Fr. 43 495 397.79, durch das Postscheckamt von Fr. 108 807 821.56.

Bilanz des Staatsvermögens

Im Bestande des Staatsvermögens sind folgende Veränderungen eingetreten:

Ordentliche Rechnung

Soll (Vermehrungen)

A. Aktivvermögen

I. Kapitalvermögen

Forsten, Ankäufe und Schatzungserhöhungen	Fr.	152 692.20
Übertrag	Fr.	152 692.20
Domänen, Ankäufe und Schatzungserhöhungen	»	2 041 337.45
Domänenkasse, neue Guthaben von Wald- und Domänenverkäufen	»	7 341 941.30
Privatrechtliche Vermögenswerte staatshoheitlicher Herkunft . . .	»	—.—
Hypothekarkasse, Dotationskapital	»	—.—
Kantonalbank, Dotationskapital .	»	—.—
Eisenbahnanlagen:		
a) Wertschriften, Zuwachs und Kursgewinne	»	—.—
b) Vorschüsse, neue Forderungen	»	—.—
c) Eisenbahn-Amortisationsfonds, Entnahmen	»	—.—
Beteiligungen und Wertschriften, Zuwachs und Kursgewinne . .	»	222 258.25
II. Betriebsvermögen		
Kassen, Einnahmen.	»	122 052 270.95
Aktivausstände, neue Bezugsanweisungen	»	118 417 972.59
Passivausstände, Abzahlungen . .	»	122 313 382.54
Kontokorrente, neue Forderungen und Rückzahlungen von Schulden	»	627 567 317.60
Mobilien-Inventar, Vermehrungen	»	287 402.30
III. Zweckgebundenes Staatsvermögen.		
Fonds Nr. 1—69	»	4 684 141.96

B. Verbindlichkeiten

Anleihen, Rückzahlungen. . . .	»	34 418 000.—
Vorübergehende Geldaufnahmen, Rückzahlungen	»	—.—
Summe der Vermehrungen	Fr.	1 039 498 717.14

Haben (Verminderungen)

A. Aktivvermögen

I. Kapitalvermögen

Forsten, Verkäufe und Schatzungsreduktionen	Fr.	158 051.20
Domänen, Verkäufe und Schatzungsreduktionen	»	1 753 807.45
Domänenkasse, neue Schulden von Wald- und Domänenankäufen .	»	3 412 660.65
Privatrechtliche Vermögenswerte staatshoheitlicher Herkunft . . .	»	—.—
Hypothekarkasse, Dotationskapital	»	—.—
Kantonalbank, Dotationskapital .	»	—.—
Eisenbahnanlagen:		
a) Wertschriften, Rückzahlungen und Abschreibungen	»	35 149.30
b) Vorschüsse, Rückzahlungen und Abschreibungen	»	—.—
c) Eisenbahn-Amortisationsfonds, Einlagen	»	7 418 000.—
Übertrag	Fr.	12 777 668.60

Übertrag	Fr.	12 777 668.60
Beteiligungen und Wertschriften, Rückzahlungen	»	564 089.05
II. Betriebsvermögen		
Kassen, Ausgaben	»	122 313 382.54
Aktivausstände, Eingänge	»	122 052 270.95
Passivausstände, neue Zahlungsanweisungen	»	134 153 408.36
Kontokorrente, neue Depots und Vorschussrückzahlungen	»	609 100 349.50
Mobilien-Inventar, Verminderungen	»	48 210.05
III. Zweckgebundenes Staatsvermögen		
Fonds Nr. 1—69	»	3 325 059.61
B. Verbindlichkeiten:		
Anleihen, Neuaufnahmen	»	30 000 000.—
Vorübergehende Geldaufnahmen, Neuaufnahmen	»	—.—
Summe der Verminderungen	Fr.	1 034 334 438.66
Reine Vermehrung	Fr.	5 164 278.48
Reinvermögen am Anfang des Jahres	»	37 016 781.66
Reinvermögen am Ende des Jahres	Fr.	42 181 060.14

das wie folgt ausgewiesen wird:

Aktiven

Forsten	Fr.	26 510 294.—
Domänen	»	89 320 946.—
Domänenkasse	»	20 373.55
Hypothekarkasse	»	30 000 000.—
Kantonalbank	»	40 000 000.—
Eisenbahnanlagen:		
a) Wertschriften	»	69 475 796.15
b) Vorschüsse	»	—.—
Beteiligungen und Wertschriften	»	62 478 815.95
Kassen	»	1 527 748.82
Aktivausstände	»	51 414 919.64
Kontokorrente	»	71 386 882.09
Mobilien-Inventar	»	15 417 889.66
Zweckgebundenes Staatsvermögen	»	51 915 498.55
Summe der Aktiven	Fr.	509 469 164.41

Passiven

Domänenkasse	Fr.	4 557 874.09
Eisenbahn-Amortisationsfonds	»	11 292 585.30
Passivausstände	»	22 552 155.61
Kontokorrente	»	161 376 489.27
Anleihen	»	267 509 000.—
Vorübergehende Geldaufnahmen	»	—.—
Summe der Passiven	Fr.	467 288 104.27
Reinvermögen, wie hievor	Fr.	42 181 060.14

Gegenüber dem Vorjahr haben die Aktiven der ordentlichen Rechnung um Fr. 19 521 172.99 und die Passiven um Fr. 14 356 894.51 zugenommen. An dieser Vermehrung sind zur Hauptsache beteiligt:

Aktiven: Die Kantonalbank, Kontokorrent, mit Fr. 13 885 948.91. Diese Vermehrung ist darauf zurückzuführen, dass, infolge des verspäteten Steuerbezuges, Steuereingänge nach dem Abschlusstermin der Amtsschaffnereien noch auf alte Rechnung verbucht worden sind, was eine Erhöhung des Aktivsaldos unseres Kontokorrentes bei der Kantonalbank und eine entsprechende Erhöhung der Passivausstände zur Folge hatte, ferner die Gemeinde Bern, Staatssteuerausstände mit Franken 4 405 195.21.

Passiven: Vermehrungen weisen auf: der Eisenbahn-Amortisationsfonds mit Fr. 7 418 000 durch Einlage aus den Berichtigungen, die Passivausstände mit Fr. 11 840 025.82, wie hievor erwähnt, und die Kontokorrente mit Fr. 3 443 321.74. Verminderungen verzeigen dagegen: die Domänenkasse mit Franken 3 926 453.05 durch Rückzahlung und die Anleihen mit Fr. 4 418 000 ebenfalls durch Amortisationen.

Der Steuerreserve sind Fr. 2 993 808.01 zugewiesen, dagegen Fr. 3 262 546.13 zur Abschreibung unerhältlicher Steuern entnommen worden. Sie hat somit eine Abnahme von Fr. 268 738.12 erfahren, und ihr Stand erreicht auf 31. Dezember 1947 Fr. 3 758 761.87.

Betriebsrechnung

Es betragen

die *Bruttoeinnahmen*	Fr.	247 479 490.50
die *Bruttoausgaben*	»	246 865 760.51
Überschuss der Einnahmen	Fr.	613 729.99

oder, wenn bloss die reinen Ergebnisse der einzelnen Verwaltungszweige berücksichtigt werden:

die *Reineinnahmen*	Fr.	130 916 785.38
die *Reinausgaben*	»	130 303 055.39
Überschuss der Einnahmen	Fr.	613 729.99

Veranschlagt waren

die *Reinausgaben*	Fr.	115 446 545.—
die *Reineinnahmen*	»	106 842 213.—
so dass sich ein *Überschuss der Ausgaben* ergab von	Fr.	8 604 332.—

Diesen Berechnungen gegenüber sind die

Einnahmen höher um	Fr.	24 074 572.38
Ausgaben höher um	»	14 856 510.39
so dass die Rechnung um	Fr.	9 218 061.99

günstiger abschliesst als der Voranschlag.

Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres haben die *Einnahmen zugenommen*

um	Fr.	21 028 814.15
und die *Ausgaben zugenommen* um	»	20 525 349.76
Die Rechnung für 1947 schliesst deshalb um	Fr.	503 464.39

günstiger ab als diejenige für 1946.

Die hauptsächlichsten Abweichungen der Rechnung 1947 gegenüber dem Voranschlag sind folgende:

Mehreinnahmen

Direkte Steuern	Fr.	13 069 617.79
Gebühren	»	2 034 605.16
Anteile an eidgenössische Abgaben	»	1 665 241.94
Erbschafts- und Schenkungssteuern	»	1 578 763.40
Anteil am Ertrage des Alkoholmonopols	»	1 485 018.10
Stempelsteuer	»	1 147 773.57
Staatskasse	»	1 117 225.93
Staatswaldungen	»	1 077 363.63
Militärsteuer	»	334 229.06
Bussen und Konfiskationen . . .	»	190 440.78
Salzhandlung.	»	134 160.54
Wirtschaftspatent-Gebühren etc. .	»	111 542.40
Domänen	»	75 059.38

Mindereinnahmen:

Keine . . . . . —.—

Mehrausgaben:

Finanzwesen	Fr.	5 936 879.67
Erziehungswesen	»	4 151 790.85
Bauwesen	»	1 377 437.22
Gesundheitswesen.	»	1 349 607.15
Polizei.	»	1 121 067.65
Allgemeine Verwaltung	»	640 618.54
Kirchenwesen	»	558 668.03
Gerichtsverwaltung	»	525 868.69
Landwirtschaft	»	114 960.07
Anleihen.	»	89 799.66
Forstwesen.	»	76 761.06

Minderausgaben:

Armenwesen	Fr.	568 670.18
Verschiedenes	»	324 504.49
Volkswirtschaft.	»	168 846.51
Militär.	»	43 481.93

Gegenüber der Rechnung des Vorjahres sind folgende grössere Unterschiede zu verzeichnen:

Mehreinnahmen:

Direkte Steuern	Fr.	12 877 383.52
Anteile an eidgenössischen Abgaben	»	4 863 265.48
Staatskasse	»	1 272 578.58
Erbschafts- und Schenkungssteuern	Fr.	1 122 037.77
Anteil am Ertrage des Alkoholmonopols	»	1 082 869.10
Stempelsteuer	»	620 273.27
Gebühren	»	160 049.32
Bussen und Konfiskationen . . .	»	104 591.04
Wirtschaftspatent-Gebühren etc. .	»	44 727.45

Mindereinnahmen

Staatswaldungen	»	831 182.03
Militärsteuer	»	238 138.26
Salzhandlung.	»	51 349.16
Jagd, Fischerei und Bergbau . .	»	22 266.69

Mehrausgaben

Finanzwesen	»	7 004 560.78
Erziehungswesen	»	4 526 727.71
Verschiedenes	»	3 770 427.20
Gesundheitswesen.	»	1 437 301.53
Polizei.	»	1 006 726.09
Kirchenwesen	»	635 157.86
Gerichtsverwaltung	»	624 874.34
Allgemeine Verwaltung	»	514 152.82
Bauwesen	»	427 021.23
Armenwesen	»	384 921.21
Forstwesen.	»	168 148.54
Landwirtschaft	»	159 787.74
Militär.	»	104 538.73
Justiz	»	91 149.81
Volkswirtschaft.	»	42 751.62
Gemeindewesen.	»	35 056.12

Minderausgaben

Anleihen.	»	438 138.90

Der Betriebsrechnung wurden folgende Rückstellungen und Vorauszahlungen belastet: Einlage auf «Konto für besondere Aufwendungen» Fr. 3 000 000. Einlage in die «Reserve für besondere Zwecke» Franken 2 934 400 mit folgender Zweckbestimmung:

Diverse Hochbauten nach Bauprogramm	Fr.	171 000.—
Staatlicher Hochbau auf Rubrik X *a*, D.1	»	1 700 000.—
Einlage in den Unterstützungsfonds für Armenanstalten	»	500 000.—
Zusätzlicher Beitrag an das Inselspital	»	200 000.—
Rückstellung für Pfrundloskäufe .	»	150 000.—
Beitrag an das Sängerfest 1948 .	»	100 000.—
Beitrag an den Schulhausbau Bellelay	»	30 000.—
Beitrag an die Verpflegungsanstalt Utzigen	»	83 400.—
Zusammen wie hievor.	Fr.	2 934 400.—

Vergütung an die Hülfskasse des Staatspersonals für die auf 1948 und 1949 entfallenden Quoten, die infolge Neuordnung der Besoldungen erwachsenen Mehrleistungen des Staates für die ordentlichen Beiträge sowie für die ordentlichen und ausserordentlichen Monatsbetreffnisse Fr. 3 600 000.

Ferner wurden den «Berichtigungen» entnommen: Einlage in den Eisenbahnamortisationsfonds Franken 7 418 000 und Abschreibung auf den Aktien der Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues Franken 30 000.

Berichtigungen

Die Berichtigungen verzeigen folgenden Verkehr:

Rein-Einnahmen

Anleihensamortisationen	Fr.	4 418 000.—
Amortisation auf Schuldschein Kantonalbank	»	1 640 701.75
Rückstellung für Schuldentilgung aus 1946		4 000 000.—
Zunahme des Inventars der Staatsanstalten	»	189 267.25
Zunahme des zweckgebundenen Staatsvermögens	»	1 359 082.35
Nicht beanspruchte Kreditrestanz auf Spezialkredit Arbeitsbeschaffung 1937	»	244 976.—
Forsten, Domänen und Domänenkasse, Schatzungserhöhungen etc.	»	146 521.14
Einnahmen zusammen	Fr.	11 998 548.49

Rein-Ausgaben

Einlage in den Eisenbahnamortisationsfonds	Fr.	7 418 000.—
Abschreibung auf den Aktien der Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues	»	30 000.—
Ausgaben zusammen	Fr.	7 448 000.—
Einnahmen-Überschuss	Fr.	4 550 548.49

Die Gewinn- und Verlustrechnung der ordentlichen Rechnung verzeigt daher folgende Überschüsse:

Betriebsrechnung	Fr.	613 729.99
Berichtigungen (Vermögensrechnung)	»	4 550 548.49
Überschuss der ordentlichen Rechnung	Fr.	5 164 278.48

Rechnung der Sonderkredite

Die Rechnungen der Sonderkredite umfassend die Spezialkredite: Arbeitsbeschaffung 1937—1939, Ausbau der Fremdenverkehrsstrassen und den Spezialkredit für Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot, aufgeteilt in die Sonderkonti I und II verzeigen in 1947 an:

Gesamteinnahmen	Fr.	4 012 395.55
Gesamtausgaben	»	6 562 079.05
Ausgabenüberschuss	Fr.	2 549 683.50

Abschluss

Überschuss der ordentlichen Rechnung	Fr.	5 164 278.48
Defizit der Rechnung der Sonderkredite	»	2 549 683.50
Überschuss gleich der Vermögensvermehrung	Fr.	2 614 594.98
Gesamtes Reinvermögen am 1. Januar 1947	Fr.	30 455 357.11
Gesamtes Reinvermögen am 31. Dezember 1947	»	33 069 952.09
Vermehrung wie hievor	Fr.	2 614 594.98

Das Reinvermögen per 31. Dezember 1947 wird wie folgt ausgewiesen:

Reinvermögen der ordentlichen Rechnung	Fr.	42 181 060.14
Schuldenüberschuss der Rechnung der Sonderkredite	»	9 111 108.05
Verbleibt ein Reinvermögen per 31. Dezember 1947 von	Fr.	33 069 952.09

Rechnungen der Sonderkredite

A. Arbeitsbeschaffungskredit 1937/39 von Fr. 9,000,000

(Volksbeschluss vom 11. April 1937)

I. Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1947

Einnahmen

Ertrag der Arbeitslosensteuer pro 1937/46	Fr.	9 190 597.10
Kontokorrentzinse der Kantonalbank	»	38 929.58
Total Einnahmen	Fr.	9 229 526.68

Ausgaben

Kantonales Arbeitsamt, Zahlungen für diverse Arbeiten pro 1937/47	Fr.	4 313 372.30
Kantonale Baudirektion für diverse Zahlungen pro 1937/47:		
a) Niveauübergänge und Ausbesserung von Alpenstrassen	»	800 000.—
b) Werkprojektierung	»	20 000.—
c) Renovation Postgasse 68/72	»	100 000.—
d) Sustenstrasse, Neubau	»	1 500 000.—
e) Staatsarchiv, Neubau	»	500 000.—
Kantonale Militärdirektion für Zahlungen pro 1937/47:		
a) Staatseigene Luftschutzbauten	»	532 811.01
b) Beiträge an Gemeinden für Luftschutz	»	305 849.75
Finanzdirektion, Darlehen an die Wasserversorgung der Freiberge	»	500 000.—
Kantonalbank, Zinsen für Schatzanweisungen	»	409 518.55
Kantonalbank, Spesen und Postgebühren	»	2 999.07
Übertrag der nicht beanspruchten Kreditrestanz auf Berichtigungen	»	244 976.—
Total Ausgaben	Fr.	9 229 526.68

II. Bilanz per 31. Dezember 1947

Aktiven:		
Kantonalbank, Kontokorrent . .	Fr.	—.—
Total der Aktiven	Fr.	—.—
Passiven:		
Kantonalbank, Schatzanweisungen	Fr.	—.—
Reinvermögen per 31. Dezember 1947	Fr.	—.—

B. Ausbau der Fremdenverkehrsstrassen

(Volksbeschluss vom 8. Mai 1938)

I. Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1947

Einnahmen

Bundesbeitrag	Fr.	1 000 000.—
Vergütung der Baudirektion aus Autosteuern:		
a) für Mehrarbeiten	»	198 700.—
b) für Amortisation	»	1 400 000.—
Total Einnahmen	Fr.	2 598 700.—

Ausgaben

Baudirektion, geleistete Zahlungen für:		
Art. 1. Grimselstrasse, Oberflächenbehandlung	Fr.	280 000.—
» 2. Lütschinentalstrassen, II. Etappe	»	447 572.05
» 3. Spiez-Frutigen, Ausbau. .	»	708 100.35
» 4. Zweisimmen-Lenk	»	138 436.30
» 5. Saanen-Gstaad-Gsteig . .	»	64 778.35
» 6. Murgenthal-Bern.	»	973 592.30
» 7. Bern-Thun	»	419 959.53
» 8. Riedtwil-Dorfdurchfahrt .	»	26 014.60
» 9. Oberdiessbach-Dessigkofen und Walkringen	»	104 762.35
Kantonalbank, Zinsen und Spesen .	»	21 182.17
Total der Ausgaben	Fr.	3 184 398.—
Überschuss der Ausgaben	Fr.	585 698.—

II. Bilanz per 31. Dezember 1947

Aktiven:		
Kantonalbank, Kontokorrent . .	Fr.	14 302.—
Passiven:		
Kantonalbank, Schatzanweisungen	»	600 000.—
» Kontokorrent . . .	»	—.—
Passivenüberschuss	Fr.	585 698.—

C. Spezialkredit für Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot

(Volksbeschluss vom 13. Februar 1944)

Sonderkonto I

I. Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1947

Einnahmen

Ertrag der Arbeitsbeschaffungssteuer 1944/47	Fr.	9 400 000.—		
Aktivzinse der Kantonalbank	»	26 570.10		
Total Einnahmen			Fr.	9 426 570.10

Ausgaben

Staatseigene Gebäude	Fr.	687 703.20		
Strassenbauten	»	2 193 000.—		
Hoch- und Tiefbau	»	—		
Subventionen für Industrie und Gewerbe	»	—		
Subventionen für Techniker und Kaufleute	»	—		
Arbeitslager, Weiterbildung, Umschulung	»	—		
Arbeitseinsatz	»	—		
Berufliches Bildungswesen	»	100 000.—		
Milderung der Wohnungsnot	»	7 000 000.—		
Grubengletschersee, Wiederherstellungsarbeiten.	»	180 000.—		
Grubengletschersee, Trockenlegung	»	280 000.—		
Strassenunterhalt	»	580 000.—		
Saane, Verbauung	»	130 000.—		
Muristalden, Umbau	»	—		
Bekämpfung der Rindertuberkulose.	»	117 121.15		
Silobauten	»	174 141.25		
Grastrocknungsanlagen	»	226 325.—		
Förderung des Viehabsatzes	»	127 976.45		
Kantonalbank, Diskontspesen	»	270 000.—		
Kantonalbank, Spesen und Porti.	»	18.10		
Total Ausgaben			»	12 066 285.15
Überschuss der Ausgaben			Fr.	2 639 715.05

II. Bilanz per 31. Dezember 1947

Aktiven:		
Kantonalbank, Kontokorrent	Fr.	360 284.95
Passiven:		
Kantonalbank, Schatzanweisungen	»	3 000 000.—
Passivenüberschuss	Fr.	2 639 715.05

Sonderkonto II

I. Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1947

Einnahmen

Ertrag von 15 % der kantonalen Wehrsteuer und des Anteils an der Arbeitsbeschaffungssteuer	Fr.	3 883 024.50
Aktivzinse der Kantonalbank	»	12 548.75
Total Einnahmen	Fr.	3 895 573.25

Ausgaben

Ausserordentliche Meliorationen	Fr.	9 500 000.—
Kantonalbank, Diskontspesen	»	281 250.—
Kantonalbank, Spesen und Porti	»	18.25
Total Ausgaben	Fr.	9 781 268.25
Überschuss der Ausgaben	Fr.	5 885 695.—

II. Bilanz per 31. Dezember 1947

Aktiven:		
Kantonalbank, Kontokorrent	Fr.	114 305.—
Passiven:		
Nationalbank, Schatzanweisungen	»	6 000 000.—
Passivenüberschuss	Fr.	5 885 695.—

Zusammenzug

Arbeitsbeschaffungskredit 1937/39	Fr.	—.—
Ausbau der Fremdenverkehrsstrassen, Passivenüberschuss	»	585 698.—
Arbeitsbeschaffung 1944, Sonderkonto I, Passivenüberschuss	»	2 639 715.05
» » » II, »	»	5 885 695.—
Reiner Schuldenüberschuss der Rechnungen der Sonderkredite	Fr.	9 111 108.05

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. **Hypothekarkasse,** § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. **Kantonalbank,** Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.
3. **Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung.** Dekret vom 9. November 1920.
   a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
   b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4 % des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.
4. **Bernische Kreditkasse.** Gesetz vom 19. Oktober 1924. Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.
5. **Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.**
   a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1,000,000.
   b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1,000,000.

III. Finanzinspektorat

Im Verlaufe des Berichtsjahres sind die meisten der unserer Kontrolle unterstellten Kassastellen mindestens einmal unangemeldet revidiert worden. Die im abgelaufenen Jahre nicht kontrollierten Kassen werden im laufenden Jahre einer Revision unterzogen werden.

Die Gegenüberstellung der Zahl der Kassastellen und der durchgeführten Inspektionen ergibt das folgende Bild:

	Zahl der Stellen	Zahl der Inspektionen
Amtsschaffnereien	30	28
Staatsanstalten	36	29
Gerichtsverwaltung:		
Obergericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	—
Betreibungs- und Konkursämter	31	26
Gerichtsschreibereien	37	39
Regierungsstatthalterämter	30	26
Grundbuchämter	30	23
Andere Kassastellen und Direktionen	66	52
Total	264	226

Monatsabschlüsse der Amtsschaffnereien

Die an Ort und Stelle unangemeldet durchgeführten Revisionen fielen gesamthaft gesehen in befriedigender Weise aus. Das gleiche gilt für die Kontrolle der Monatsabschlüsse, die in unseren Bureaux vorgenommen wird.

Staatsanstalten

Wie bisher wurden auch dieses Jahr die Bilanzen und Rechnungen regelmässig eingesandt. Vorgenommene Beanstandungen sind in der Regel im Sinne unserer Anträge beigelegt worden.

Die neue Buchhaltungs- und Saldiermaschine «National» wurde in den Heil- und Pflegeanstalten Waldau, Münsingen und Bellelay wie auch in der Strafanstalt Witzwil in Betrieb genommen. Das neue Buchhaltungsverfahren dieser grössten Staatsanstalten kann damit als den Erfordernissen dieser Betriebe angepasst bezeichnet werden.

Kassastellen der Gerichtsverwaltung sowie diverser Direktionen

Auch hier sind unsere jeweiligen Anliegen in normaler Weise erledigt worden. Unter der grossen Zahl von Dienststellen mussten vereinzelt Nachlässigkeiten gerügt und durch mündliche Instruktion wie auch auf dem Korrespondenzwege bereinigt werden.

Besondere Aufgaben

Wie jedes Jahr haben wir die uns übertragenen Aufgaben in bestmöglicher Weise ausgeführt. Im Juli 1947 wurde gestützt auf einen Regierungsratsbeschluss eine Bestandesaufnahme über sämtliche im Namen des Staates abgeschlossenen Versicherungsverträge durchgeführt, gefolgt von einer Kontrolle der Versicherungsbedingungen und -prämien. Diese Arbeit ist im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

Unregelmässigkeiten

Im Jahre 1947 sind zwei Fälle zu verzeichnen. Im einen Falle musste dem Funktionär ein strenger Verweis erteilt werden, während im anderen der Fehlbare sich gezwungen sah, seine Demission einzureichen.

Personal

Zu Anfang des Jahres wurde Herr Hans Gasser, Adjunkt unseres Inspektorates, vom Regierungsrat zum kantonalen Liegenschaftsverwalter gewählt. Herr Gasser behält indessen die Kontrollbefugnisse eines Revisors unseres Inspektorates bei, um im Rahmen des Möglichen bei unseren Inspektionen mitwirken zu können. Herr Otto Moser, bisher Revisor, wurde an seiner Stelle zum Adjunkten befördert.

Amtsschaffnereien

Unter den dreissig Amtsschaffnern des Kantons Bern sind keine Mutationen eingetreten.

IV. Hülfskasse

Der Geschäftsgang der Hülfskasse wurde im Berichtsjahr 1947 weitgehend durch die am 1. Januar 1947 in Wirksamkeit getretene Neuordnung der Besoldungen für das Staatspersonal beeinflusst. Mit Dekret vom 26. November 1946 wurde ein Teil der Teuerungszulagen in die feste Besoldung übergeführt, was zur Folge hatte, dass die für die Hülfskasse in Betracht fallenden Besoldungen und Löhne eine nahmhafte Erhöhung erfuhren. Die grösseren Verpflichtungen der Hülfskasse gegenüber den Versicherten mussten durch ausserordentliche Leistungen der Versicherten und des Staates gedeckt werden, um ein Anwachsen des versicherungstechnischen Fehlbetrages zu verhindern. Die von den Versicherten zu bezahlenden Beiträge müssen bis Ende des Jahres 1949 vollständig getilgt sein. Der Staat seinerseits hat die ihm auferlegten zusätzlichen Beiträge der Hülfskasse auf Ende 1947 vergütet. Die Ausgaben der Hülfskasse haben in ihrer Gesamtheit eine Erhöhung von rund Fr. 250 000 gegenüber der letztjährigen Rechnung erfahren. Der Bestand der aktiven Versicherten hat im Berichtsjahr um 318 Personen zugenommen und bezifferte sich am 31. Dezember 1947 auf 4099 Versicherte. Dieser Zuwachs hat seine Ursache darin, dass eine bedeutende Anzahl von Spareinlegern infolge Milderung der Aufnahmepraxis zu den Mitgliedern übergeführt wurden und dass zahlreiche Angehörige der Sparkasse des Aushilfspersonals der Staatsverwaltung entsprechend der Überführung in ein provisorisches oder definitives Anstellungsverhältnis in die Hülfskasse aufgenommen werden konnten. Der Bestand der Spareinleger weist trotz der erwähnten Milderung der Praxis hinsichtlich der Übertragung von Spareinlegern zu den Mitgliedern gegenüber dem letztjährigen Bestand eine unbedeutende Vermehrung von 4 Personen auf. Der Zuwachs der aktiven Kassenangehörigen und besonders die allgemeine Erhöhung des versicherten Jahresverdienstes, verursacht durch die Revision der Besoldungen des Staatspersonals, bewirkten eine Zunahme des versicherten Jahresverdienstes von rund Fr. 6 362 101 bei den aktiven Versicherten und von Fr. 428 344 bei den Spareinlegern. Gegenüber dem letztjährigen Bestand der Rentenbezüger ergibt sich eine Verminderung von 11 Personen, während im Jahre 1946 eine Zunahme von 51 Bezügern zu verzeichnen war. Dieser Rückgang steht mit der Neuordnung des versicherten Jahresverdienstes und der Möglichkeit der Tilgung der von den Versicherten geforderten ausserordentlichen Beiträge im Zusammenhang. Trotz der gegenüber der letztjährigen Zählung eingetretenen Verminderung der Anzahl der Rentenbezüger weist der Totalbetrag der Jahresrenten eine Erhöhung von rund Fr. 60 000 auf, die im wesentlichen auf die im Jahre 1947 auf Grund der revidierten Besoldungen durchgeführten Pensionierungen zurückzuführen ist.

Die Abgeordnetenversammlung der Hülfskasse fand am 25. September 1947 statt. Sie hatte sich in der Hauptsache mit dem Jahresbericht und der Jahresrechnung der Hülfskasse für das Jahr 1946 zu befassen, die sie alsdann dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitete. Bei diesem Anlass wurden den Abgeordneten durch den versicherungstechnischen Experten der Hülfskasse einige Fragen über das Verhältnis der Hülfskasse zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung erläutert.

Die Verwaltungskommission der Hülfskasse hat in ihrer Zusammensetzung im Berichtsjahr keine Veränderungen erfahren. Auf Ende 1947 ist Fürsprecher Fr. Bühlmann in Grosshöchstetten, der der Verwaltungskommission seit der Errichtung der Kasse (1. Januar 1921) angehörte, aus Altersrücksichten zurückgetreten. An seine Stelle wählte der Regierungsrat Grossrat Sylvain Michel in Courtedoux.

Von den neu in den Staatsdienst eingetretenen Personen wurden deren 538 als Mitglieder aufgenommen, und 52 Versicherte traten auf Grund der bestehenden Gegenseitigkeitsverträge von andern Kassen in die Hülfskasse über. Davon entfallen 43 Übertretende auf die Lehrkräfte an den staatlichen Seminarien und auf die Schulinspektoren, die gestützt auf das Gesetz vom 22. September 1946 betreffend die Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen auf den 1. Januar 1947 von der Bernischen Lehrerversicherungskasse in die Hülfskasse übertraten. Auf Grund des Ergebnisses einer nochmaligen ärztlichen Untersuchung und einer etwas mildern Praxis traten 76 Spareinleger zu den Mitgliedern über. Im weitern verfügte die Verwaltungskommission die Aufnahme von 189 neu in den Staatsdienst eingetretenen Personen als Spareinleger, zu denen auch noch 2 Übertretende aus der Bernischen Lehrerversicherungskasse hinzuzuzählen sind. Der Bestand der Versicherten weist einen Abgang infolge Austritts, Pensionierung oder Tod auf von 348 und derjenige der Spareinleger einen solchen von 187 Personen. Die von der Verwaltungskommission geprüften Gesuche um den Einkauf von Zusatzjahren erforderten zusätzliche Zahlungen seitens der Gesuchsteller von Fr. 60 033 und seitens des Staates solche von Fr. 77 175. Die Zahl der der Verwaltungskommission vorgelegten Begehren um Ausrichtung von Kassenleistungen ist mit 132 Gesuchen etwas geringer als im Vorjahr.

Die Bewegung im Bestand der Mitglieder und der Spareinleger gestaltete sich im Berichtsjahr folgendermassen:

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1946 . . .	3781
Zuwachs (Neueintritte, Übertritte von den Spareinlegern)	666
	4447
Abgang (Austritte, Pensionierungen, Todesfälle)	348
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1947	4099

Bestand der *Spareinleger* am 31. Dezember 1946	486
Zuwachs (Neueintritte).	191
	677
Abgang (Austritte, Übertritte zu den Mitgliedern, Todesfälle)	187
Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1947	490

Der versicherte Jahresverdienst bezifferte sich am Ende des Berichtsjahres auf Fr. 29 302 952 für die Mitglieder und auf Fr. 2 669 693 für die Spareinleger.

Der Bestand der *Rentenbezüger* weist im Berichtsjahr folgende Bewegung auf:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1946.	677	548	109	28
Zuwachs im Berichtsjahre	48	31	5	2
	725	579	114	30
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	50	33	13	3
Bestand am 31. Dezember 1947	675	546	101	27
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	—2	—2	—8	—1

Die jährlichen Verpflichtungen für Rentenleistungen (einschliesslich 10 Verwandtenrenten) belaufen sich am 31. Dezember 1947 auf Fr. 3 873 198 gegenüber Fr. 3 813 423 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die mit andern Personalversicherungskassen abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge fanden im Berichtsjahr Anwendung auf 9 Übertretende in andere Kassen und auf ebensoviele Übertritte in die Hülfskasse.

Der *Sparkasse für das Aushilfspersonal der Staatsverwaltung* gehörten am Ende des Berichtsjahres 276 Personen an (im Vorjahre 342), die eine Lohnsumme von Fr. 1 507 303 aufweisen.

Jahresrechnung

Rentenfonds

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr	Fr.	17 414 525.25
Die Ausgaben betrugen im Berichtsjahr.	»	4 269 835.95
Der Einnahmenüberschuss beträgt	Fr.	13 144 689.30

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse (einschliesslich ausstehende Einkaufsgelder der Mitglieder) .	Fr.	52 081 392.50
Es betrug am 31. Dezember 1946	»	38 926 965.65
Die Kapitalvermehrung pro 1947 beträgt somit	Fr.	13 154 426.85

Die Rechnung über die **Spareinlagen** gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen	Fr.	1 538 678.60
Ausgaben	»	724 929.55
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	813 749.05

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Guthaben bei der Hypothekarkasse	Fr.	5 139 833.40
Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1946	»	4 326 084.35
Die Kapitalvermehrung pro 1947 beträgt somit	Fr.	813 749.05

Unterstützungsfonds

Einnahmen	Fr.	45 562.—
Ausgaben	»	8 867.35
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit.	Fr.	36 694.65

Die Vermögensrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse	Fr.	219 962.40
Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1946.	»	183 267.75
Die Kapitalvermehrung pro 1947 beträgt somit	Fr.	36 694.65

Beitragsrückstellung

Die Beitragsrückstellung von Fr. 534 393 wurde durch Verrechnung mit den ausserordentlichen Leistungen der Versicherten an die Hülfskasse aufgehoben.

Sparkasse des Aushilfspersonals

Einnahmen.	Fr.	301 825.50
Ausgaben	»	311 993.65
Der Ausgabenüberschuss beträgt somit	Fr.	10 168.15
Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1947	Fr.	603 982.90
Er betrug am 31. Dezember 1946	»	614 151.05
Die Kapitalverminderung pro 1947 beträgt somit	Fr.	10 168.15

Unterstützungsfonds für das Aushilfspersonal

Einnahmen	Fr.	1 623.05
Ausgaben	»	1 563.50
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit.	Fr.	59.55
Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1947	Fr.	50 815.85
Er betrug am 31. Dezember 1946	»	50 756.30
Die Kapitalvermehrung pro 1947 beträgt somit	Fr.	59.55

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hülfskasse verwiesen.

V. Personalamt

Auch im Berichtsjahr erging verschiedentlich der Ruf an die Verwaltung, es sei der Personalbestand abzubauen. Das Personalamt hat diesem Problem in Verbindung mit der Finanzdirektion naturgemäss seine volle Aufmerksamkeit geschenkt. Seit Frühjahr 1947 ist durch den Regierungsrat eine neutrale Instanz mit der Überprüfung der Verwaltung auf die Zweckmässigkeit ihrer Organisation beauftragt. Es wird in einem spätern Bericht möglich sein, über die Auswirkung dieser Überprüfung Angaben zu machen.

In jenen Fällen, da sich das Personalamt zur Schaffung neuer Stellen zu äussern hatte, übte es in der Zustimmung zu derartigen Begehren äusserste Zurückhaltung. Die Bevölkerungszunahme, die Förderung der Wissenschaften, die Zuweisung neuer Aufgaben, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die gelegentliche Forderung nach besserem Funktionieren der Verwaltung setzen naturgemäss auch diesen Bestrebungen Grenzen.

Das Personalamt konnte im Berichtsjahr erhebliche Vereinfachungen auf dem Gebiet der Besoldungskontrolle und -auszahlung durchführen. Durch die direkte Auszahlung der Besoldungen durch das Personalamt fällt die bisherige Kontrollarbeit weg, und die volle Ausnützung technischer Hilfsmittel wird möglich. Es wurden bereits die Besoldungsauszahlungen für ca. 1500 Personen übernommen und dadurch zwei Arbeitskräfte eingespart und verschiedene andere entlastet. Das Personal, das bisher mit der Besoldungskontrolle beschäftigt war, hat nun auch die Arbeiten für die Besoldungsauszahlungen zu besorgen.

Neben den laufenden Geschäften hatte sich das Personalamt mit folgenden wichtigeren Fragen zu befassen:

1. Besoldungsrevision und Überprüfung der Stelleneinreihung

Die zu Ende des Jahres 1946 beschlossene Besoldungsrevision verursachte dem Personalamt noch weit in das Berichtsjahr hinein grosse Mehrarbeit durch die Umrechnung der Besoldungen. In zahlreichen Fällen hatte sich das Personalamt zur Neuklassierung von Stellen und zur Neufestsetzung von Besoldungen zu äussern.

Die durch den Grossen Rat gewünschte Überprüfung der für 2 Jahre provisorisch geltenden Stelleneinreihung wurde in Angriff genommen. Das Ergebnis dieser Überprüfung soll dem Grossen Rat im Herbst 1948 unterbreitet werden.

2. Teuerungszulage

Zu der am 26. November 1946 festgesetzten Teuerungszulage von 16 % der Grundbesoldung beschloss der Grosse Rat am 16. September 1947 die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage an das Staatspersonal. Sie betrug 8 % der pro Jahr berechneten Grundbarbesoldung, jedoch mindestens Fr. 480 für das Personal ohne freie Station und verheiratetes Personal mit freier Station für sich sowie Fr. 240 für lediges Personal mit freier Station. Die gesamte prozentuale Teuerungszulage des Jahres 1947 belief sich somit auf 24 %. Durch Dekret vom 16. September 1947 wurde die Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 1948 auf 26 % der Grundbesoldung erhöht. Für die Einkommen unter Fr. 6000 bzw. Fr. 3000 wurde eine Minimalverbesserung der Teuerungszulage gegenüber derjenigen des Jahres 1947 von Fr. 120 bzw. Fr. 60 festgesetzt.

3. Personalkommission

Die durch Regierungsratsbeschluss vom 14. März 1947 erstmals gebildete Personalkommission, die bereits im Besoldungsdekret vom 5. April 1922 vorgesehen ist, trat im Berichtsjahr siebenmal zusammen. Gemäss Regierungsratsbeschluss erstreckte sich ihre Tätigkeit auf die ihr vom Regierungsrat und der Finanzdirektion zur Begutachtung überwiesenen Geschäfte des Personal- und Besoldungswesens. Ausserdem orientierte der Vorsitzende die Kommission jeweils über die übrigen hängigen Personalfragen und gab Auskunft über die ihm an den Sitzungen unterbreiteten Fälle. Die Mitarbeit der Kommission hat sich in dem durch den Regierungsrat gesteckten Rahmen bewährt.

4. Verschiedenes

Auf Anregung der Personalkommission beschloss der Regierungsrat am 15. August 1947 die obligatorische *Durchleuchtung des Staatspersonals*. Das Auftreten verschiedener schwerer Tuberkulosefälle in einigen Verwaltungsabteilungen und besonders in Anstalten liess diese Massnahme als angezeigt erscheinen. Die Durchführung wurde der bernischen Liga gegen die Tuberkulose und dem Röntgeninstitut Hallwylstrasse 32 in Bern übertragen.

Die Teuerung machte die Neuregelung der *Reiseentschädigungen* nötig. Ein erster Entwurf suchte vor allem auf die effektiven Kosten abzustellen. Der Vorschlag fand aber bei den Direktionen eine derart geteilte Aufnahme, dass das alte Regulativ mit einer entsprechenden Erhöhung der Ansätze beibehalten wurde (Regierungsratsbeschluss vom 19. Dezember 1947). Eine Neuregelung erfuhren ferner die *Entschädigungen für Überzeitarbeit* (Regierungsratsbeschluss vom 13. Juni 1947).

Abgeschlossen wurden die Untersuchungen zur Einführung einer allgemeinen *Kranken- und Unfallversicherung* für das Staatspersonal. Die Beschluss-

fassung wurde indessen wegen der finanziellen Konesquenzen noch zurückgestellt.

An weiteren personalrechtlichen Erlassen seien erwähnt: die Berechnung der Dienstzeit für das Dienstaltersgeschenk (Regierungsratsbeschluss vom 15. April 1947), die Ausrichtung der Dienstaltersgeschenke (22. August 1947) und die Ausrichtung der Besoldungen in Krankheitsfällen (22. August 1947).

5. Personal- und Besoldungsstatistik

Nachdem die letzte etwas eingehende Personalerhebung 1933 durchgeführt worden ist, war es unerlässlich, im Zusammenhang mit der Besoldungsrevision und der bevorstehenden Überprüfung der Stelleneinreihung eine derartige Erhebung zu wiederholen. Sie wurde auch deshalb nötig, weil die für das Besoldungswesen nötigen Personalunterlagen zum Teil veraltet waren. Die Erhebung wurde auf 1. Juli 1947 durchgeführt.

Um künftig einen laufenden Überblick über die Entwicklung des Personalbestandes zu haben, wurde veranlasst, dass die Direktionen jährlich zweimal den Personalbestand ihrer Verwaltungsabteilungen melden. (Es entspricht dies dem Vorgehen anderer Verwaltungen, die den Personalbestand zum Teil sogar monatlich festhalten, und bietet den Direktionen die Möglichkeit zu einer gewissen Selbstkontrolle.)

Zu den Ergebnissen der Erhebung vom 1. Juli 1947 ist folgendes zu bemerken: Bei Doppelbeamtungen (diese kommen in der Staatsverwaltung relativ häufig vor, so z. B. Bannwarte-Unterförster, Landjäger-Wildhüter) wurde der Beamte derjenigen Direktion zugezählt, bei welcher das Hauptgewicht der Beschäftigung lag.

Nicht erfasst wurden: die nicht festbesoldeten Zivilstandsbeamten, Sektionschefs und Betreibungsgehilfen, die Putzfrauen und die Hilfsarbeiter der Bau- und Forstdirektion.

a) Personalbestand

Die Staatsverwaltung beschäftigte am 1. Juli 1947:

	4568	Männer
	1059	Frauen
Total	5627	Personen

Davon sind beim Staat nur teilweise beschäftigt 476 Männer und 56 Frauen, total 532 Personen. Nach dem Beschäftigungsgrad entsprechen diese Personen 160 vollbeschäftigten Männern und 23 vollbeschäftigten Frauen. Es waren demnach am 1. Juli 1947, in vollbeschäftigte Personen umgerechnet, beschäftigt:

	4252	Männer
	1026	Frauen
Total	5278	Personen

Entwicklung des Personalbestandes:

Über die Entwicklung des Personalbestandes orientiert die folgende Zusammenstellung:

Jahr	Beschäftigte Personen
1904 (August)	2720
1921 (1. Januar) . . .	3801
1934 (15. Januar) . . .	4240
1939 (15. Januar) . . .	4478
1945 (1. November) . .	5659
1947 (1. Juli)	5627

Die Unterschiede im Stichtag der jeweiligen Zählungen, die früher nicht immer konsequente Berücksichtigung der Doppelbeamtungen und die Wahrscheinlichkeit, dass früher die Meldungen nicht immer ganz vollständig waren, machen gewisse Vorbehalte in bezug auf die absolute Vergleichbarkeit der Zahlen nötig.

Personalbestand der Direktionen:

	Männer	Frauen	Zusammen	Vollbeschäftigte Einheiten
Staatskanzlei	34	3	37	37
Volkswirtschaft . . .	250	79	329	307
Justiz	492	71	563	561
Polizei	644	74	718	714
Finanz	416	75	491	485
Erziehung	415	120	535	457
Kirchen	390	—	390	387
Bau- und Eisenbahn	576	15	591	569
Forst	290	10	300	122
Landwirtschaft . . .	183	66	249	229
Militär	203	20	223	221
Armen	118	77	195	192
Gemeinde	9	3	12	11
Sanität	548	446	994	986
Total	4568	1059	5627	5278

b) Zivilstand

Von den 5627 Personen waren:

	Männer	Frauen	Zusammen
ledig	928	855	1783
verheiratet . . .	3531	135	3666
verwitwet . . .	69	29	98
geschieden . . .	40	40	80
Total	4568	1059	5627

Von je 100 Beschäftigten waren demnach (in Klammern die entsprechenden Zahlen des Jahres 1933):

	bei den Männern	bei den Frauen	insgesamt
ledig	20,3 (21,3)	80,7 (84,6)	31,7 (32,4)
verheiratet . .	77,3 (75,9)	12,8 (11,4)	65,2 (64,7)
verwitwet . .	1,5 (2,4)	2,7 (1,8)	1,7 (2,2)
geschieden . .	0,9 (0,4)	3,8 (2,2)	1,4 (0,7)
	100 (100)	100 (100)	100 (100)

c) Muttersprache

Muttersprache	beim Staatspersonal absolut	beim Staatspersonal in %	bei der bernischen Bevölkerung in %
Deutsch	4646	82,6	83,6
Französisch . . .	860	15,3	15,4
Italienisch	87	1,5	0,7
Romanisch	8	0,1	0,1
andere Sprachen .	26	0,5	0,2
Total	5627	100	100

d) Heimat

(In Klammern die Zahlen der Zählung von 1933)

Kanton	Staatspersonal absolut	Staatspersonal in %	Staatspersonal (in %)	Bernische Bevölkerung [1]) in %
Bern	4511	80,2	(83,7)	83,0
Aargau	180			
Zürich	156			
Solothurn	107	18,0	(14,9)	15,4
Thurgau	79			
Neuenburg	63			
übrige Kantone	428			
Italien	62			
Deutschland	9	1,8	(1,4)	1,6
andere Staaten	32			
Total	5627	100	(100)	100

Die relativ hohe Zahl italienischen Personals erklärt sich daraus, dass die Heil- und Pflegeanstalten zahlreiches italienisches Pflegepersonal beschäftigen.

e) Altersaufbau

Das am 1. Juli 1947 beschäftigte Staatspersonal zeigte folgenden Altersaufbau:

Alter	Männer	Frauen	Total
15—19	52	88	140
20—24	284	240	524
25—29	551	171	722
30—34	557	109	666
35—39	616	102	718
40—44	584	129	713
45—49	591	103	694
50—54	509	60	569
55—59	427	37	464
60—64	271	13	284
65 und mehr	126	7	133
	4568	1059	5627

Auf die verschiedenen Altersklassen entfallen demnach auf je 100 (in Klammern die Zahlen des Jahres 1933):

Altersjahre	Männer: beim Staatspersonal	Männer: bei der erwerbstätigen [1]) Bevölkerung des Kantons Bern	Frauen: beim Staatspersonal	Frauen: bei der erwerbstätigen [1]) Bevölkerung des Kantons Bern
unter 15	— (0,1)	0,1	—	0,1
15—19	1,1 (0,4)	8,8	8,3 (5,2)	17,5
20—24	6,2 (4,9)	11,2	22,7 (28,0)	21,2
25—29	12,1 (12,0)	11,5	16,1 (21,4)	13,0
30—34	12,2 (15,3)	12,0	10,3 (13,6)	9,6
35—39	13,5 (15,0)	11,3	9,6 (10,5)	8,3
40—44	12,8 (14,2)	10,2	12,2 (7,8)	7,4
45—49	12,9 (11,5)	9,0	9,7 (4,5)	6,0
50—54	11,1 (9,4)	7,8	5,7 (3,9)	5,2
55—59	9,4 (8,7)	6,7	3,5 (3,3)	4,2
60—64	5,9 (5,3)	5,2	1,2 (1,5)	3,4
65 und mehr	2,8 (3,3)	6,2	0,7 (0,3)	4,1
	100 (100)	100	100 (100)	100

[1]) Gemäss Volkszählung vom 1. Dezember 1941.

f) Besoldungssummen

Die Jahresbesoldungen setzten sich für das am 1. Juli 1947 beschäftigte Personal wie folgt zusammen (nicht enthalten ist darin die vom Grossen Rat am 16. September 1947 beschlossene zusätzliche Teuerungszulage von 8 % der pro Jahr berechneten Grundbesoldung):

	Männer Fr.	Frauen Fr.	Zusammen Fr.
Anfangsbarbesoldung	23 466 300	3 150 800	26 617 100
Alterszulagen	5 041 900	392 700	5 434 600
Andere Zulagen	168 700	20 200	188 900
Naturalien (Versicherungswert der freien Station, Wohnung etc.)	1 516 600	773 500	2 290 100
Ortszulagen	988 100	131 400	1 119 500
Familienzulagen	978 900	7 600	986 500
Kinderzulagen	505 500	3 400	508 900
Total	32 666 000	4 479 600	37 145 600
Teuerungszulagen	4 555 700	565 500	5 121 200
Bruttobesoldung Total	37 221 700	5 045 100	42 266 800

g) Gliederung des Staatspersonals nach der Höhe der Bruttobesoldungen

(Die Besoldungen teilbeschäftigter Personen wurden umgerechnet auf Besoldungen Vollbeschäftigter:)

Bruttobesoldungen (inkl. Teuerungszulagen)	Absolute Zahlen Männer	Absolute Zahlen Frauen	Absolute Zahlen Zus.	Prozentzahlen Männer	Prozentzahlen Frauen	Prozentzahlen Zus.
unter 2000	36	24	60	0,8	2,3	1,1
2 001— 3 000	23	81	104	0,5	7,6	1,8
3 001— 4 000	61	188	249	1,3	17,8	4,4
4 001— 5 000	282	290	572	6,2	27,4	10,2
5 001— 6 000	516	227	743	11,3	21,4	13,2
6 001— 7 000	862	109	971	18,9	10,3	17,2
7 001— 8 000	595	86	681	13,0	8,1	12,1
8 001— 9 000	478	25	503	10,5	2,4	9,0
9 001—10 000	402	12	414	8,8	1,1	7,3
10 001—11 000	320	9	329	7,0	0,8	5,8
11 001—12 000	226	4	230	4,9	0,4	4,1
12 001—13 000	275	1	276	6,0	0,1	4,9
13 001—14 000	153	2	155	3,4	0,2	2,8
14 001—15 000	150	1	151	3,3	0,1	2,7
15 001—16 000	79	—	79	1,7	—	1,4
16 001—17 000	22	—	22	0,5	—	0,4
17 001—18 000	43	—	43	0,9	—	0,8
18 001—19 000	15	—	15	0,3	—	0,3
19 001—20 000	13	—	13	0,3	—	0,2
über 20 000	17	—	17	0,4	—	0,3
Total	4568	1059	5627	100	100	100

Das Personal mit einer Bruttobesoldung unter Fr. 2000 betrifft vor allem Lehrlinge, Lehrtöchter und Praktikanten.

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte.* Die kantonale Schatzungskommission hat die Bewertungsnormen in ihrer Schlußsitzung vom 24. Juni 1947 endgültig bereinigt. Die umfangreichen Normen wurden in drei Teilen herausgegeben: I. Bewertungsgrundlagen; Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Waldungen. II. Bewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und der Wasserkräfte. III. Bewertungsprotokolle und Hauptformulare. — In einem IV. Teil hat sodann die Finanzdirektion eine Anleitung über die Durchführung der amtlichen Bewertung herausgegeben. — Bis Ende 1947 war die amtliche Bewertung in rund 300 Gemeinden in Gang gesetzt. In 110 Gemeinden, abgesehen von einigen Berechnungen und Kontrollen, war die Bewertung abgeschlossen. Eröffnet wurden die neuen amtlichen Werte in einer einzigen Gemeinde, um das Verfahren zu erproben. Die Haupteröffnung erfolgt erst im Herbst 1948.

2. Die *Abteilung für Steuererlass* hatte auf Anfang des Jahres einen Rückstand von 4354 Gesuchen. Im Jahre 1947 liefen 10792 neue Gesuche ein, und zwar: 2240 Gesuche für die eidgenössische Wehrsteuer und das Wehropfer und 8198 für die Staatssteuern, wovon 3738 Gesuche den Kreis Bern-Stadt und 4460 Gesuche den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 14 792 (15 655) Gesuchen konnten im Berichtsjahr 12 694 (11 201) erledigt werden, so dass ein Rückstand von 2098 (4354) übrigblieb. Für die Steuerjahre 1944 bis 1947 wurde insgesamt ein Betrag von Fr. 292 450.45 (219 043.15) erlassen. Ausser den Erlassgesuchen wurde noch eine grosse Zahl von Stundungsgesuchen behandelt.

3. Die für die eidgenössische Steuerverwaltung durchgeführte und Mitte Februar 1947 beendigte *Statistik der Wehrsteuer III. Periode und des neuen Wehropfers* ergab für das Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen folgendes Bild (siehe nebenstehende Tabelle).

4. Zusammen mit einer kleinen Expertenkommission besorgte die Steuerverwaltung alle Vorarbeiten für die *Teilrevision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes* (Einführungsgesetz zur AHV), die jedoch im Jahre 1948 in der Volksabstimmung abgelehnt wurde.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Aus den rund 334 241 (348 000) eingegangenen Steuererklärungen ergab sich eine Steuerpflicht für 295 110 (311 846) Personen. Davon waren 259 316 (202 000) zugleich wehrsteuerpflichtig. Die sehr erhebliche Zunahme der Wehrsteuerpflichtigen ist zur Hauptsache darauf zurückzuführen, dass die Mindestbeträge des steuerpflichtigen Einkommens (Fr. 2000 für Ledige, Fr. 3000 für Verheiratete) infolge der starken Einkommenssteigerung viel eher erreicht wurden.

Die zweite *Veranlagung* unter dem neuen Steuergesetz ging schon ganz bedeutend rascher und mit viel weniger Reibungen vor sich als die erste. Während die Einschätzungen durch die Veranlagungsbehörden in der 1. Periode erst Ende Juni 1946 erledigt waren, konnten sie 1948 bereits im Februar 1948 beendigt werden. — Wie sehr sich die Einführung des *Einspracheverfahrens* rechtfertigte, zeigt sich daraus, dass bei 27 021 Einsprachen (8,66 % der Steuerpflichtigen) für die ganze 1. Periode nur rund 800 Rekurse (0,26 % der Pflichtigen) eingereicht wurden.

Das Anhalten der Hochkonjunktur und die entsprechende Zunahme der *Einkommen* ergab eine sehr grosse, in diesem Ausmass nicht voraussehbare Steigerung der Steuereinnahmen. Die Steuerbeträge aus dem *Vermögen* dagegen sind merklich zurückgegangen.

	Rechnung 1946	Budget 1947	Rechnung 1947	+ oder — gegenüber Budget
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen	49 268 904	48 140 000	59 673 081	+11 533 081
Vermögen	10 496 880	11 600 000	10 290 698	— 1 309 302
Total	59 765 784	59 740 000	69 963 779	+10 223 779

Wenn man zu dieser Hauptsteuer noch die übrigen Steuern hinzurechnet (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer sowie Nach- und Strafsteuer, aber ohne Erbschafts- und Schenkungssteuer), so ergibt sich für 1947 eine *gesamte Bruttosteuereinnahme von Franken 92 182 102.* Gegenüber den Bruttosteuerbeträgen des Voranschlages von Fr. 77 555 000 ergibt sich somit eine Mehreinnahme von Fr. 14 627 102 und gegenüber der Staatsrechnung 1946 eine solche von Fr. 14 173 051.

Die *Verwaltungskosten* 1947 belaufen sich auf Fr. 4 241 071. Der Voranschlag sah einen Betrag von Fr. 3 460 000 vor, so dass eine Budgetüberschreitung von Fr. 781 071 eingetreten ist, zurückzuführen zur Hauptsache auf die Teuerungszulagen des Personals.

Kanton Bern. Wehrsteuer III und neues Wehropfer

Natürliche Personen

I. Einkommen (Wehrsteuer)

Einkommenstufen in 1000 Fr.	Wehrsteuerpflichtige	Einkommen in 1000 Fr.			Wehrsteuer pro Jahr Fr.
		Reines Einkommen (1943/44)	Abzüge [1])	Wehrsteuerpflichtiges Einkommen	
2— 5	107 856	353 580	24 915	328 665	1 822 651
5— 10	73 252	492 131	61 126	431 005	4 418 171
10— 20	16 022	206 802	10 048	196 754	3 929 885
20— 50	3 275	92 908	1 721	91 187	3 958 505
50—100	504	33 372	231	33 141	2 799 673
100 und mehr	176	33 450	83	33 367	3 241 749
Total	201 085	1 212 243	98 124	1 114 119	20 170 634
	Prozentzahlen				
2— 5	53,6	29,2	25,4	29,5	9,0
5— 10	36,4	40,6	62,3	38,7	21,9
10— 20	8,0	17,1	10,2	17,6	19,5
20— 50	1,6	7,7	1,7	8,2	19,6
50—100	0,3	2,7	0,3	3,0	13,9
100 und mehr	0,1	2,7	0,1	3,0	16,1
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

II. Vermögen (Wehropfer)

Vermögenstufen in 1000 Fr.	Wehropferpflichtige	Vermögen in 1000 Fr.			Wehropfer 1945/47 Fr.
		Reinvermögen	Abzüge [2])	Wehropferpflichtige Vermögen	
5— 25	24 435	377 981	30 788	347 193	5 196 201
25— 50	22 066	771 248	143 164	628 084	9 408 450
50— 100	13 625	936 321	63 040	873 281	13 435 079
100— 200	5 988	818 190	8 061	810 129	13 647 931
200— 500	2 693	797 057	404	796 653	18 100 421
500—1000	638	434 751	40	434 711	14 852 460
1000 und mehr	273	550 025	—	550 025	24 496 002
Total	69 718	4 685 573	245 497	4 440 076	99 136 544
Wehropfer 1940	73 390	3 646 146	—	3 646 146	77 046 862
	Prozentzahlen				
5— 25	35,1	8,1	12,5	7,8	5,2
25— 50	31,6	16,5	58,3	14,1	9,5
50— 100	19,5	20,0	25,7	19,7	13,5
100— 200	8,6	17,4	3,3	18,3	13,8
200— 500	3,9	17,0	0,2	17,9	18,3
500—1000	0,9	9,3	—	9,8	15,0
1000 und mehr	0,4	11,7	—	12,4	24,7
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1]) Abzüge für Kinder, unterstützte Personen und für Versicherungen.
[2]) Abzüge für Kinder und für kleines Einkommen.

Der Betrag der *Gemeinde-Inkassoprovision* belief sich auf Fr. 2 112 102 (2 192 927); er ist um Fr. 212 102 höher als veranschlagt.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 7904 steuerpflichtigen juristischen Personen betrafen 2164 Aktiengesellschaften, 2047 Genossenschaften und 3693 übrige juristische Personen. Neugründungen sind im Berichtsjahr 297 (398) erfolgt; liquidiert haben 123 (71) und fusioniert 10 (4) juristische Personen. Es wurden 473 Fälle von interkantonalen Steuerteilungen vorgenommen.

1. Erwerbsgesellschaften und Genossenschaften

Gewinnsteuer (Reinertrag)	Fr.	12 096 265.65
Kapitalsteuer (Reinertrag)	»	3 337 945.40
Zusammen	Fr.	15 434 211.05
Voranschlag	»	13 000 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	2 434 211.05
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	2 767 704.15

2. Holdinggesellschaften

Holdingsteuer (Reinertrag)	Fr.	20 222.50
Voranschlag	»	15 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	5 222.50
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	3 827.65

3. Selbsthilfegenossenschaften

Ertragsteuer (Reinertrag)	Fr.	796 870.60
Vermögensteuer (Reinertrag) . . .	»	437 479.25
Zusammen	Fr.	1 234 349.85
Voranschlag	»	1 700 000.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	465 650.15
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	168 513.85

4. Übrige juristische Personen

Einkommenssteuer (Reinertrag) .	Fr.	1 153 257.—
Vermögenssteuer (Reinertrag) . .	»	570 767.20
Zusammen	Fr.	1 724 024.20
Voranschlag	»	1 800 000.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	75 975.80
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	138 716.90

Der gesamte Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag belief sich auf Fr. 1 897 807.60. — In den Bemessungsjahren 1945/46 haben die juristischen Personen von ihrem Gewinn oder Ertrag für bezahlte Kriegsgewinnsteuern Fr. 21 787 834 und für Zuwendungen an Fürsorgestiftungen ihres Personals Fr. 35 655 653, total Fr. 57 443 487 in Abzug bringen können.

Die Abteilung für juristische Personen hat im Veranlagungs- und Einspracheverfahren 974 (735) Bücheruntersuchungen vorgenommen und ferner 189 Erlassgesuche behandelt.

D. Vermögensgewinnsteuer

Der *Reinertrag* der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 2 269 790.90, was gegenüber dem Voranschlag von 1 Million Franken einen Mehrertrag von Franken 1 269 790.90 und gegenüber dem Vorjahre von Fr. 561 419.80 ausmacht. Wie immer bilden die Grundstückgewinne den Hauptposten; Kapital- und Lotteriegewinne machen bloss Fr. 119 238.20 (Fr. 211 749.30) aus. Gering ist namentlich der Ertrag aus Lotteriegewinnen; trotz aller Aufklärung ziehen es offenbar die Leute vor, die in der Regel höhere eidgenössische Verrechnungssteuer zu bezahlen und einen Nachsteuerhandel zu riskieren als die Gewinne kantonal richtig zu versteuern.

Die Zahl der Veranlagungen hat gegenüber dem Vorjahre (3956) mit 5181 neuerdings erheblich zugenommen; das ist auch der Grund des Mehrertrages. — Einsprachen waren vom Vorjahre 63 unerledigt, neu eingegangen sind im Berichtsjahr 548; von diesen 611 Einsprachen wurden 447 durch die Abteilung für Vermögensgewinnsteuern erledigt, 60 wurden an die Rekurskommission weitergezogen und 104 blieben unerledigt.

Erlassgesuche sind 383 (248) eingelangt; übernommen wurden 47. Von den total 430 Gesuchen wurden 362 erledigt, 68 sind noch hängig.

E. Nach- und Strafsteuern

Der *Reinertrag* beziffert sich auf Fr. 1 535 723.85. Er ist um Fr. 1 235 723.85 höher als der Voranschlag und Fr. 334 874.13 höher als der Ertrag 1946. Die erheblichen Mehrerträge sind auf einige sehr grosse, nicht voraussehbare Fälle zurückzuführen.

Geprüft wurden 3853 (3657) Fälle in bezug auf die kantonalen Steuern, die Wehropfer I und II sowie die eidgenössischen und kantonalen Wehrsteuern der Perioden I—III. Nach- und Strafsteuern mussten festgesetzt werden: Staatssteuer 458 (375), Wehropfer 517 (255), eidgenössische und kantonale Wehrsteuern 598 (216) Fälle; alle übrigen wurden als richtig versteuert abgeschrieben.

Für die kantonalen Nachsteuern wurden 153 (180) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde in 120 (157) Fällen, während 33 (23) Fälle abgewiesen wurden.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der *Reinertrag* beläuft sich auf Fr. 4 454 763.40 und ergibt gegenüber dem Voranschlag einen Mehrertrag von Fr. 1 578 763.40 und gegenüber dem Vorjahre von Fr. 1 122 037.77. Zurückzuführen ist dieser grosse Mehrertrag hauptsächlich auf die Schenkungen, die mit Rücksicht auf die vorgesehene, dann aber vom Volk verworfene Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Einführungsgesetz zur AHV) vorgenom-

men wurden; in den Monaten November und Dezember allein wurden 220 Schenkungen angemeldet, die einen Steuerbetrag von Fr. 697 631.55 ergaben.

Entsprechend dem Mehrertrag wurden an die Gemeinden Fr. 1 121 754.75 gegenüber Fr. 845 066.55 im 1946 als Anteil ausgerichtet. An Handänderungsgebühren kamen nach Art. 12 desErbschafts- und Schenkungssteuergesetzes Fr. 285 844.40 (Fr. 219 119.90) zur Verrechnung.

Abgabepflichtige Fälle wurden 2266 (2318) erledigt; dazu kamen noch 132 (163) Nachträge, total also 2398 (2481) Fälle. Davon ergaben 53 (45) Fälle eine Steuer im Einzelfall von mehr als Fr. 15 000. Abgabefreie Fälle wurden 6081 (6053) behandelt.

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht sind 18 (19) geführt worden. — Rückerstattungsverfügungen wurden 214 (258) mit einer Abgabesumme von Fr. 167 255.65 (Fr. 322 862.30) erledigt. — Gesuchsanträge wurden 220 (438) gestellt. — Bussenfälle gelangten 17 (3) mit Fr. 220 zur Erledigung.

G. Kantonale Krisenabgabe und kantonale Wehrsteuer

1. Kantonale Krisenabgabe

Die ersten drei Perioden (1935—1940) sind vollständig liquidiert.

IV. Periode (1941): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 4 311 741.77. Eingang im Jahre 1947 Franken 123.30; Ausstand auf Ende 1947 Fr. 9991.40.

2. Kantonale Wehrsteuer

I. Periode (1942): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 7 022 496.30. Eingang im Jahre 1947 Franken 121 590.89. Ausstand auf Ende 1947 Fr. 66 203.70.

H. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Krisenabgabe

Die ersten drei Perioden (1934—1939) sind vollständig liquidiert.

IV. Periode (1940): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 9 065 150.48. Anteil des Kantons (40 %) Fr. 3 626 060.19. Eingang im Jahre 1947 Fr. 9645.50. Ausstand auf Ende 1947 Fr. 1782.87.

2. Eidgenössische Wehrsteuer

I. Periode (1941/42): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 31 537 471.66. Anteil des Kantons (32,5 %) Fr. 10 249 678.28. — Eingang im Jahre 1947 (Franken 382 732.19). Ausstand auf Ende 1947 Franken 300 939.80.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 50 216 304.05. Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 064 891.24. Eingang im Jahre 1947 Franken 485 588.48. Ausstand auf Ende 1947 Franken 1 792 689.36.

III. Periode (1945/46): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 49 606 508.27 (keine Vermögenssteuer inbegriffen, weil Wehropfer erhoben). Anteil des Kantons (30 %) Fr. 14 881 952.48. Eingang im Jahre 1947 Fr. 5 135 416.92. Ausstand auf Ende 1947 Franken 3 663 247.66.

IV. Periode (1947/48): Die Eröffnungen wurden den Steuerpflichtigen erst auf 15. März 1948 zugestellt.

3. Eidgenössisches Wehropfer

I. Wehropfer (1940—1942): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 92 844 083.88. Anteil des Kantons (10 %) Fr. 9 284 408.35. Eingang im Jahre 1947 Fr. 157 090.27. Ausstand auf Ende 1947 Franken 134 619.95.

II. Wehropfer (1945—1947): Total Eingang bis 31. Dezember 1947 Fr. 116 903 784.45. Anteil des Kantons (10 %) Fr. 11 690 387.45. Eingang 1947 Franken 17 899 562.32. Ausstand Ende 1947 Franken 3 688 377.61.

I. Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Von rund 165 000 kontrollierten Wertschriftenverzeichnissen wurden 130 241 Verrechnungssteuerbeträge festgesetzt und den Verrechnungssteuerberechtigten eröffnet. Die den Gemeinden für die Anrechnung an Gemeinde- und Staatssteuern der Steuerpflichtigen gutgeschriebenen Verrechnungssteuerbeträge belaufen sich auf total Fr. 27 678 705.30. Vom Verrechnungssteueramt wurden Fr. 649 680.95 direkt den Berechtigten zurückerstattet, so dass im Jahre 1947 im ordentlichen Verfahren total Fr. 28 328 386.25 verrechnet oder zurückerstattet wurden.

b) Vorzeitiges Verrechnungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rückerstattung der im Jahr 1947 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Lotteriegewinne . .	267	Fr. 108 059.50
Erbschaften	272	» 52 699.90
Härtefälle	5	» 6 578.—
Übrige.	14	» 7 666.15
Total	558 (406)	Fr. 175 003.55

c) Beschleunigtes Verrechnungsverfahren: Für in den Jahren 1944 bis 1946 abgezogene Verrechnungssteuerbeträge wurden insgesamt 1900 (1656) Rückerstattungsanträge beschleunigt behandelt, und zwar:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	1255	Fr. 527 360.60
Lotteriegewinne . .	372	» 108 492.75
Härtefälle	63	» 37 471.70
Übrige.	210	» 111 355.15
Total	1900	Fr. 784 680.20

d) Verrechnungssteuerkontrolle in den Gemeinden: Die vorgeschriebene Kontrolle über die richtige Verrechnung oder Rückerstattung der Verrechnungssteuerbeträge wurde in 36 (173) Gemeinden durchgeführt.

2. Wertschriftenbewertung

Die Wertschriftenbewertungsstelle hatte sich im Zusammenhang mit den kontrollierten Wertschriftenverzeichnissen auch mit der Bewertung von nicht kotierten Wertpapieren zu befassen.

Es wurden 2930 Steuerwerte von nicht kotierten Wertschriften ermittelt, nämlich 1830 von Aktien und 1100 von Genossenschaftsanteilen bernischer Gesellschaften. Zudem mussten in Einsprache- und Beschwerdefällen zuhanden der Steuerveranlagungsbehörden zu den beanstandeten Bewertungen Vernehmlassungen ausgearbeitet werden.

Bei der Kontrolle der Wertschriftenverzeichnisse wurden für den Bewertungsstichtag 1. Januar 1947 im Kanton Bern Wertschriften und Guthaben im Gesamtwerte von Fr. 3 035 071 969 festgestellt.

K. Gemeindesteuerwesen

Verteilungspläne: Für die 1. und 2. Veranlagungsperiode hat die Abteilung für Gemeindesteuerwesen 2867 (5393) Pläne für natürliche Personen und 83 (312) für juristische Personen (worunter die BKW) erstellt. Einsprachen gegen diese Teilungspläne sind 26 (33) eingelangt, von denen 6 (3) durch Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen wurden.

Kantonaler Steuerausgleichsfonds: Das Dekret wurde am 14. Mai 1947 vom Grossen Rat genehmigt. Im ganzen haben 75 Banken und 95 Raiffeisenkassen Fr. 1 359 408.76 (Fr. 1 319 165.27) an den Ausgleichsfonds abgeliefert. Gesuche um Beiträge haben 159 (127) Gemeinden gestellt; an 98 Gemeinden wurden Franken 518 385 ausbezahlt. Stand des Ausgleichsfonds auf 31. Dezember 1947: Fr. 1 595 348.86.

L. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag pro 1947	Roherträgnisse pro 1947	Roherträgnisse pro 1946
Stempelpapier	Fr. 100 000.—	Fr. 143 962.55	Fr. 148 239.70
Stempelmarken	» 1 270 000.—	» 1 497 971.55	» 1 410 716.15
Spielkartenstempel	» 45 000.—	» 48 330.—	» 48 766.—
Total Rohertrag	Fr. 1 415 000.—	Fr. 1 690 264.10	Fr. 1 607 721.85
Hievon gehen ab:			
Ausgaben für Papier und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 121 980.—	» 134 376.29	» 137 602.96
Reinertrag	Fr. 1 293 020.—	Fr. 1 555 887.81	Fr. 1 470 118.89
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 262 867.81
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr			Fr. 85 768.92

2. Eidgenössische Stempel- und Couponssteuer. Anteil des Kantons

	Reinertrag pro 1947	Reinertrag pro 1946
Anteil am Ertrag	Fr. 3 331 216.—	Fr. 2 827 139.75
Veranschlagt waren	» 2 650 000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 681 216.—	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 504 076.25	

Der Anteil des Kantons am Ertrag der *eidgenössischen* Stempelabgaben hat gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen. Diese Einnahmen wurden günstig beeinflusst durch die vermehrte Emission von Obligationen und Aktien und die Couponsteuer, welch letztere rund Fr. 52 900 000 eingebracht hat, gegenüber Fr. 46 533 000 im Jahr 1946. — Die Gesamteinnahmen des Bundes beziffern sich auf rund Fr. 98 314 000, gegenüber Fr. 83 508 000 im Vorjahr. Nach Abzug der Unkosten wurden 20 % an die Kantone verteilt, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung. Der Anteil des Staates betrug Fr. 3 331 216.

3. Kantonale Billetsteuer

Rohertrag		Fr. 541 403.31
Wovon abgehen:		
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (s. Rubr. VI. G.)	Fr. 304 767.05	
Druckkosten	» 246.50	
		» 305 013.55
Reinertrag		Fr. 236 389.76

Die Roheinnahmen der kantonalen *Billetsteuer* sind auf Fr. 541 403.31 gestiegen, gegenüber Fr. 456 840.31 im Vorjahr und Fr. 330 000 nach Voranschlag. Am Ergebnis sind die Städte Bern mit Fr. 278 000 und Biel mit Fr. 81 175 beteiligt. Der Mehrertrag ist u. a. auf die Zunahme der Kinobesuche und die im Berichtsjahr stattgefundenen Grossanlässe zurückzuführen wie «Grand Prix»-Rennen und eidgenössisches Turnfest.

Aus dem Ertrag wurden von der Erziehungsdirektion Fr. 304 767.05 (Vorjahr Fr. 250 308.55) ausgerichtet zur Förderung der bildenden Kunst sowie als regelmässige Beiträge an wissenschaftliche und künstlerische Anstalten und Vereine (Stadttheater, Museen, Orchesterverein, Musikschulen Bern und Biel, Volkshochschule usw.).

Nach Abzug der obigen Beiträge und der Druckkosten verbleibt ein Nettoergebnis von Fr. 236 389.76, gegenüber Fr. 205 561.66 im Vorjahr.

M. Gebühren

	Voranschlag pro 1947	Reinerträgnisse pro 1947	pro 1946
Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben	Fr. 3 000 000.—	Fr. 3 758 527.75	Fr. 3 970 036.97
Fixe Gebühren der Amtsschreiber	» 250 000.—	» 368 395.—	» 366 815.—
Gebühren der Regierungsstatthalterämter	» 300 000.—	» 521 821.95	» 490 091.15
Gebühren der Gerichtsschreibereien	» 160 000.—	» 283 970.18	» 215 442.54
Gebühren der Betreibungs- und Konkursämter	» 600 000.—	» 731 018.60	» 639 335.20
Staatskanzlei	» 140 000.—	» 142 230.05	» 146 683.40
Obergericht	» 35 000.—	» 44 710.—	» 52 000.—
Verwaltungsgericht	» 6 000.—	» 4 500.—	» 4 400.—
Handelsgericht	» 8,000.—	» 14 690.—	» 9,460.—
Anwaltskammer	» 500.—	» 820.—	» 450.—
Versicherungsgericht	» 500.—	» 750.—	» 1 350.—
Polizeidirektion	» 300 000.—	» 786 185.—	» 416 182.50
Markt- und Hausierpatente	» 140 000.—	» 152 705.50	» 164 672.85
Patenttaxen der Handelsreisenden	» 200 000.—	» 269 217.—	» 276 780.—
Gebühren für Radfahrerbewilligungen	» 450,000.—	» 535 982.35	» 719 242.35
Anteil an den Autogebühren	» 250 000.—	» 273 079.65	» 240 293.56
Gebühren der Lichtspielkontrolle	» 18 000.—	» 22 400.—	» 21 202.—
Gewerbescheingebühren	» 20 000.—	» 28 872.70	» 22 691.—
Handels- und Gewerbekammer	» 40 000.—	» 63 500.—	» 59,700.—
Gebühren von Ausverkäufen	» 1000.—	» 9 904.15	» 7 031.25
Gebühren der Liegenschaftsvermittler	» 100.—	» 422.50	» 857.80
Gebühren aus Weinhandelsbewilligungen	» 100.—	» 546.—	» 5 234.—
Finanzdirektion	» 100.—	» 630.—	» 400.—
Rekurskommission	» 80 000.—	» 15 023.—	» 40 125.45
Konzessionsgebühren	» 2 000.—	» 2 023.78	» 2 028.82
Sanitätsdirektion	» 5 000.—	» 8 980.—	» 8 350.—
	Fr. 6 006 300.—	Fr. 8 040 905.16	Fr. 7 880 855.84

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 2 034 605.16
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 160 049.32

Das Gesamtergebnis der Gebühren ist trotz den Rückschlägen auf verschiedenen Rubriken günstig ausgefallen. Dies wurde bewirkt durch bedeutende Mehrerträge anderer Posten, von welchen besonders die Gebühren der Polizeidirektion zu erwähnen sind mit einer Mehreinnahme von Fr. 370 003 gegenüber dem Jahr 1946. Die Zunahme ist der Fremdenkontrolle und dem Passbureau zuzuschreiben, welch letzteres im Berichtsjahr Fr. 447 333 eingenommen hat für 21 850 ausgestellte oder erneuerte Reisepässe.

Mindererträge gegenüber dem Vorjahr verzeichnen namentlich:

Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben Fr. 211 509.22. Dieser Ausfall hat seinen Grund im Rückgang der Hochkonjunktur im Liegenschaftsverkehr, der vorauszusehen war und bereits im Verwaltungsbericht des

Jahres 1946 angedeutet wurde. Auch wirken in ländlichen Gegenden stark einschränkend die bundesrechtlichen Vorschriften über den Liegenschaftsverkehr. — Der Ertrag in einzelnen Amtsbezirken zeigt sich wie folgt (Vorjahr in Klammern): Bern Fr. 1 374 256 (Fr. 1 527 127), Biel Fr. 336 627 (Fr. 302 953), Konolfingen Fr. 103 657 (Franken 135 485), Signau Fr. 58 134 (Fr. 82 357), Thun Fr. 289 918 (Fr. 294 040), Courtelary Fr. 87 779 (Fr. 116 242).

Radfahrerbewilligungen Fr. 183 260. Das Minderergebnis ist auf den Wegfall eines im Vorjahr verbuchten ausserordentlichen Einnahmepostens von Fr. 203 256.15 zurückzuführen. Es handelte sich um den Ertragsanteil der Prämienrückvergütung einer Versicherungsgesellschaft. — Die Anzahl der versicherten Fahrräder betrug 344 055 (Vorjahr 329 458) und der Nettoertrag Fr. 535 982.35.

Rekurskommission Fr. 25 102.45. Der Ausfall wurde bewirkt durch den Rückgang der Rekursentscheide infolge des neuen Steuergesetzes. Die Zahl der getroffenen Entscheide betrug noch 727.

VII. Statistisches Bureau

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich das Statistische Bureau u. a. mit folgenden Arbeiten befasst:

1. Schätzung des Bevölkerungsstandes. Auf Grund der Zählung der schulpflichtigen Kinder und der Zahl der Stimmberechtigten wurde der Bevölkerungsstand errechnet.

Nach diesen Berechnungen betrug der Bestand an:

Jahr	Personen bis und mit dem 17. Altersjahr	Personen von 18 und mehr Jahren	Gesamtbevölkerung
1926	223 700	452 700	676 400
1930 [1]) . . .	217 195	471 579	688 774
1935	214 900	509 300	724 200
1940	200 700	526 000	726 700
1941 [1]) . . .	197 904	531 012	728 916
1942	197 300	539 300	736 600
1943	197 000	546 400	743 400
1944	197 700	552 300	750 000
1945	198 100	558 700	756 800
1946	198 400	563 000	761 400
1947	204 800	581 200	786 000

Der Bevölkerungsstand zeigt für das Jahr 1947 einen starken Zuwachs. Verschiedene Gründe haben dazu beigetragen. Bei den Jugendlichen wirkt sich die starke Vermehrung der Geburten in den letzten Jahren aus; bei der Gruppe der Personen im Alter von 18 und mehr Jahren kommt neben der Wirkung der Veralterung der Bevölkerung der Einfluss der starken Fremdarbeiterkontingente zur Geltung. Es zeigt sich für das Jahr 1947 ein kräftiger Wanderungsgewinn, der nicht allein der Zuwanderung von Fremdarbeitern zuzuschreiben ist, sondern auch den innerschweizerischen Wanderungen. Einzelne Gebiete des Kantons erweisen sich als ausserordentlich aufnahmefähig.

Die Zahl der Lebendgeborenen ist gegenüber dem Jahre 1946 etwas zurückgeblieben. Die Sterbefälle haben zugenommen, so dass der Geburtenüberschuss, welcher pro 1946 8040 betrug, auf 7566 zurückfiel.

Es wurden ermittelt:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo
1927—1930 .	49 042	31 551	17 491	— 5 117
1931—1935 .	57 361	39 129	18 232	17 194
1936—1940 .	54 612	39 836	14 776	— 12 276
1941	12 587	7 937	4 650	— 2 434
1942	13 950	7 736	6 214	1 470
1943	14 591	7 805	6 786	14
1944	15 466	8 613	6 853	— 253
1945	16 020	8 514	7 506	— 706
1946	16 331	8 291	8 040	— 3 691
1947	16 153	8 587	7 566	17 034

2. Erhebung über den Beschäftigungsgrad. Die Erhebung über den Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes, welche auf 1. Januar 1944 begonnen wurde, ist weitergeführt worden. An der Berichterstattung wirken mit im Baugewerbe rund 100, in der Industrie rund 350 Firmen, die ca. 54 % des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen. Die Berichterstatter verteilen sich auf alle Zweige und Landesgegenden, so dass das Gesamtergebnis als repräsentativ angesprochen werden kann.

Die Erhebung wird quartalsweise durchgeführt. Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Branchen wird für die Berechnung eines Durchschnittes nach Massgabe ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt. Darnach betrug der Beschäftigungsstand je auf Ende des Quartals:

[1]) Zählung.

Betriebszweige	Gewichtung	1947 Quartale I	II	III	IV	1948 I. Quartal
Textilindustrie	6	136	138	138	141	145
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	121	125	125	128	133
Nahrung, Genussmittel	12	105	107	122	117	111
Chemische Industrie	2	113	136	144	131	132
Papier, Leder, Kautschuk	3	116	121	123	122	120
Graphisches Gewerbe	5	129	132	130	133	132
Holzbearbeitung	9	125	128	131	130	128
Maschinen, Apparate, Metalle	21	146	147	149	150	153
Uhren, Bijouterie	15	126	126	126	124	121
Steine und Erden	3	91	98	96	96	94
Alle Industrien, gewogen	85	126,3	128,8	131,9	131,3	131,1
Baugewerbe	15	141	161	172	124	148
gewogener Gesamtindex	100	128,5	133,7	137,9	130,2	132,9
» » 1946	.	115,6	121,9	127,9	128,0	
» » 1945	.	102,4	110,2	112,4	113,1	
» » 1944	.	101,2	100,2	94,2	104,4	

Die Beschäftigungsintensität hat im Jahre 1947 eine weitere Steigerung erfahren. In allen Branchen stehen die Beschäftigungsziffern über denjenigen des Jahres 1946. Gegen Schluss des Jahres und im ersten Quartal 1948 machten sich in einigen Zweigen Anzeichen einer gewissen Sättigung bemerkbar, die zum Teil saisonbedingter Natur sind.

3. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage der Landwirtschaft anhand der Wirtschafsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlich-rechtlicher Unternehmungen wurde weitergeführt. Nachstehend lassen wir die Hauptergebnisse der Betriebe des bernischen Staates folgen:

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	Davon Wald
1929/30 . .	19	2424	84
1931/35 . .	19	2472	88
1936/40 . .	19	2520	96
1941 . . .	19	2536	120
1942 . . .	19	2591	131
1943 . . .	19	2597	136
1944 . . .	19	2574	140
1945 . . .	19	2589	143
1946 . . .	19	2610	157
1947 . . .	20	2661	148

Die Zahl der Betriebe ist infolge Übernahme der Knabenerziehungsanstalt Oberbipp durch den Staat um eine Einheit erhöht worden. Die bewirtschaftete Fläche hat sich jedoch etwas stärker vergrössert, als dieser Betriebsübernahme entsprochen hätte, indem bei einzelnen Wirtschaften flächenmässige Vergrösserungen zu verzeichnen sind als Folge der Verminderung der verpachteten Fläche.

b) Erträge, Aufwand und «Überschuss»

Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	2 849 703	1 995 447	854 256
1931/35.	2 338 911	1 945 259	393 652
1936/40.	2 639 123	1 966 090	673 033
1941 . .	3 436 920	2 147 173	1 289 747
1942 . .	4 346 826	2 319 390	2 027 436
1943 . .	4 787 367	2 444 076	2 343 291
1944 . .	4 930 664	2 695 396	2 235 268
1945 . .	4 775 595	2 701 678	2 073 917
1946 . .	4 668 347	2 929 182	1 739 165
1947 . .	4 805 630	3 449 726	1 355 904
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30.	1176	823	353
1931/35.	946	787	159
1936/40.	1047	780	267
1941 . .	1355	846	509
1942 . .	1678	895	783
1943 . .	1843	941	902
1944 . .	1915	1047	868
1945 . .	1845	1044	801
1946 . .	1789	1122	666
1947 . .	1806	1297	509

Der *Geldrohertrag* je Flächeneinheit ist trotz der Ernteausfälle infolge der grossen Trockenheit gegenüber dem Jahre 1946 um Fr. 17.— per ha oder um 1 % gestiegen. Es ist das einmal zuzuschreiben den allgemeinen Preiserhöhungen, sodann auch dem Umstand, dass ein erhöhter Futterzukauf sich auch im Rohertrag auswirkt. Zu beachten ist ferner, dass ein Teil der Staatsbetriebe

in Zonen lag, die von der Trockenheit weniger zu leiden hatten; auch verfügen verschiedene Staatsbetriebe des Flachlandes über Alp- und Weidegebiete, die ausserhalb der Trockenzone sich befanden, so dass sie ausgleichend zu wirken vermochten. In einem Betrieb (Erlach) fällt ein ansehnlicher Teil des Rohertrages auf den Weinbau, für den die Verhältnisse recht günstig waren.

Die Zweige der Tierhaltung zeigten eine Ertragssteigerung, während die Pflanzenproduktion für den Markt einen Ausfall ergab. Bei dieser hat seit 1944 eine deutliche Rückbildung des Endrohertrages eingesetzt.

Eine starke Steigerung weisen die Aufwandsposten auf, und der «Überschuss», d. h. der Ertrag für die unbezahlte Arbeit und das Betriebskapital, ist mit Fr. 509.— per ha auf das Niveau des Jahres 1941 zurückgesunken. Dabei ist zu beachten, dass der Aufwand für die bezahlten Arbeitskräfte nicht vollständig der Betriebsrechnung zur Last geschrieben wurde, indem die im Jahre 1947 bezahlten Teuerungszulagen (24 % der Barlöhne) über ein Sonderkonto der Staatsrechnung verbucht worden sind.

Die einzelnen Betriebszweige lieferten folgende Endroherträge:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere	Rindviehhaltung Milch	Schweinehaltung	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.)	Landwirtschaftliche Produkte	Verschiedenes
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
			aa) absolut:			
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941	452 981	636 215	420 805	148 199	1 729 051	49 669
1942	520 670	665 147	392 627	155 299	2 568 046	45 037
1943	522 949	681 572	436 235	204 901	2 887 668	54 042
1944	519 492	709 363	551 287	199 151	2 889 528	61 843
1945	557 047	723 951	571 692	253 965	2 622 707	46 233
1946	531 796	770 587	646 133	204 894	2 455 230	59 707
1947	628 726	814 843	694 898	206 061	2 403 728	57 374
			bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941	179	251	165	58	682	20
1942	201	257	152	60	991	17
1943	201	262	168	79	1112	21
1944	202	276	214	77	1122	24
1945	215	280	221	98	1013	18
1946	204	295	248	79	941	23
1947	236	306	261	78	903	22

Beim *sachlichen Aufwand* tritt besonders die Steigerung der Auslagen für Futtermittelbeschaffung hervor. Ebenso mussten für Düngemittelankäufe und für Geräte und Maschinen erheblich gesteigerte Summen verwendet werden.

Am Gebäudeunterhalt ist sichtlich gespart worden. Diese Position umfasst nicht den gesamten Aufwand für Gebäulichkeiten, sondern nur denjenigen Teil, der über die Betriebsrechnungen verbucht ist, während der übrige Teil auf Rechnung der allgemeinen Staatsrechnung (Baudirektion) bzw. des «Verpächters» verrechnet ist. Der Aufwand für Maschinen und Geräte hat jenen für Pachtzinse und Steuern zum erstenmal überschritten.

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge pro Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäudeunterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futtermittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
			aa) absolut:				
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365403	243 390
1941	371 093	51 809	214 196	107 257	152 348	380 340	167 694
1942	382 766	53 447	275 274	132 777	148 489	323 353	228 118
1943	386 852	51 919	246 320	173 238	189 327	331 706	241 426
1944	401 862	31 593	331 361	223 578	221 849	390 397	252 868
1945	380 871	38 060	363 487	184 119	164 437	357 806	296 113
1946	370 351	99 634	359 011	203 028	286 273	425 634	257 039
1947	380 395	62 253	414 257	225 900	259 866	603 678	305 658
			bb) je Hektar Kulturfläche:				
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941	146	20	84	43	60	150	66
1942	148	21	106	51	57	125	88
1943	149	20	95	66	73	128	93
1944	156	12	129	87	86	152	98
1945	147	15	141	71	64	138	114
1946	142	38	138	78	110	163	98
1947	143	23	156	85	98	227	115

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. Den besten Einblick in die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft bietet die Veränderung des volkswirtschaftlichen Einkommens (Netto-Rohertrag). Dieses ist der Betrag, der aus dem Landwirtschaftsertrag als Entgelt für die aufgewendete bezahlte und unbezahlte Arbeit, für das festgelegte eigene und fremde Kapital und für Steuerleistungen zur Verfügung steht. Das volkswirtschaftliche Einkommen ist auch jene Grösse, die nicht nur im Kanton Bern, sondern in verschiedenen andern Kantonen als Grundlage für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens herangezogen wird. Es ist auch am besten geeignet, Vergleiche zwischen den Ergebnissen der verschiedenen Anstalten zu ziehen, weil es den störenden Einfluss der verschiedenartigen Arbeitsverfassung der einzelnen Betriebe beseitigt. Der Umstand, dass die vom Staate gewährten Teuerungszulagen die Gutsrechnungen nicht belasten, hat auf die Höhe des volkswirtschaftlichen Einkommens keinen Einfluss.

Der Nettorohertrag ist auch jene Grösse, die am besten einen Vergleich mit den Ergebnissen der Rentabilitätserhebungen des schweizerischen Bauernsekretariats ermöglicht.

In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35.	660 133	753 932	1 414 065
1936/40.	636 090	1 038 547	1 674 637
1941 . .	702 436	1 660 840	2 363 276
1942 . .	775 166	2 410 202	3 185 368
1943 . .	823 288	2 730 143	3 553 431
1944 . .	841 888	2 637 130	3 479 018
1945 . .	916 785	2 454 788	3 371 573
1946 . .	928 212	2 109 516	3 037 728
1947 . .	1 197 719	1 736 299	2 934 018
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30.	255	499	754
1931/35.	267	305	572
1936/40.	252	412	664
1941 . .	277	655	932
1942 . .	299	931	1230
1943 . .	317	1051	1368
1944 . .	327	1024	1351
1945 . .	354	948	1302
1946 . .	356	808	1164
1947 . .	450	652	1102

Die Arbeitskosten sind gegenüber der Periode 1936—1940 um rund 76 % gestiegen, obwohl ein Teil der Kostensteigerung der Arbeitskräfte um den Betrag der Teuerungszulagen die Betriebsrechnung nicht belastet. Der für den Staat verbliebene Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital und für Steuern und für die unbezahlte Arbeit ist bereits unter den Stand des Jahres 1941 zurückgesunken. Er betrug noch Fr. 652.— per ha gegenüber Fr. 655.— im Jahre 1941 und Fr. 1051.— im Jahre 1943. Bringt man vom Betrag des Jahres 1947 noch die gewährte Teuerungszulage in Abzug, so bleibt für den Staat nur noch ein Betrag, der wenig höher liegt als das Betreffnis, das ihm im Jahre 1940 je ha zufloss.

Das volkswirtschaftliche Einkommen oder der Nettorohertrag ist gegenüber dem Jahre 1946 je ha um Fr. 62.— oder um 5,3 % gesunken. Er steht dem Betrag des Jahres 1943 um 19½ % nach. Am Rückschlag sind alle Betriebsgruppen beteiligt mit Ausnahme der Erziehungsanstalten. Diese wiesen jedoch bereits im letzten Jahr einen sehr starken Rückschlag auf. Das Ergebnis des Jahres 1947 ergibt bei dieser Gruppe eine leichte Verbesserung. Diese ist vor allem dem Umstand zuzuschreiben, dass diese Betriebe dank den Verhältnissen den Nachteilen der grossen Trockenheit verhältnismässig besser entgegenwirken konnten als die Betriebe der übrigen Gruppen.

Das volkswirtschaftliche Einkommen betrug je ha Kulturfläche in den Gutsbetrieben:

	1945 Fr.	1946 Fr.	1947 Fr.
der landw. Schulen .	1246	1092	1060
der Strafanstalten .	1320	1174	1086
der Heil- und Pflegeanstalten	1274	1190	1151
der Erziehungsanst..	1315	1086	1162
Durchschnitt sämtlicher Betriebe	1302	1164	1102

Obwohl die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe 1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
Bis 600	2	2	—	1	—	2	2
601— 900	7	2	6	4	6	6	4
901—1200	5	8	3	3	4	3	6
1201—1500	4	4	6	5	3	6	7
1501—1800	1	2	2	4	5	2	—
Über 1800	—	1	2	2	1	—	1
Total	19	19	19	19	19	19	20

d) Veränderung der Inventarbestände. Das «Pächterkapital» in den 20 Staatsbetrieben weist am Ende des Rechnungsjahres gegenüber der Eingangsinventur eine Wertvermehrung von Fr. 47 403.— auf. Insbesondere wurden die Werte des Maschinenparkes und der Futtermittel- und Saatgutvorräte erhöht. Die Bestände waren in den Bilanzen mit folgenden Werten aufgenommen:

	Am 1. Januar 1947 Stück	Fr.	Am 31. Dezember 1947 Stück	Fr.
Tierbestände: Rindvieh				
Kühe	1031	759 635	979	721 410
Rinder	801	331 350	807	353 260
Kälber und Jungvieh bis 1 Jahr alt	314	52 120	297	40 950
Ochsen	290	110 130	283	99 930
Zuchtstiere	35	43 500	40	49 000
Total Rindvieh	2471	1 296 735	2406	1 264 550
Pferde	306	321 445	314	316 495
Schweine	2002	206 127	2257	235 092
Kleinvieh, Geflügel und Bienen		44 814		45 800
Total Tierbestände		1 869 121		1 861 937
Maschinen und Geräte		690 701		733 042
Vorräte an zugekauftem Saatgut		18 059		20 467
» » » Dünger		30 716		26 499
» » zugekauften Futtermitteln		81 744		101 890
» » landwirtschaftlichen Produkten		707 146		704 637
Verschiedenes		24 591		21 009
		3 422 078		3 469 481

Der im Betriebskapital festgelegte Buchwert zeigt per Ende Dezember 1947 den höchsten bisher festgestellten Bestand. Seit dem Jahre 1941 nahm er folgende Entwicklung:

Bestand am 31. Dez. 1941 (19 Betriebe)	Fr. 3 154 806
Bestand am 31. Dez. 1942 (19 Betriebe)	» 3 250 189
Bestand am 31. Dez. 1943 (19 Betriebe)	» 3 338 935
Bestand am 31. Dez. 1944 (19 Betriebe)	» 3 365 595
Bestand am 31. Dez. 1945 (19 Betriebe)	» 3 304 892
Bestand am 31. Dez. 1946 (19 Betriebe)	» 3 397 081
Bestand am 1. Jan. 1947 (20 Betriebe)	» 3 422 078
Bestand am 31. Dez. 1947 (20 Betriebe)	» 3 469 481

4. Die Statistik der Steuern und der Steuerkraft der Gemeinden wurde weitergeführt und die Berechnung des ersten Jahres unter der Herrschaft des neuen Steuergesetzes abgeschlossen. Die Beibringung der Urmaterialien erforderte viel Mühe und konnte nur mit starker Verzögerung beendigt werden. Aus der Statistik der Gemeindesteuern werden die Berechnungsfaktoren für verschiedene Repartierungen zwischen den Gemeinden gewonnen.

5. Erfassung von Wahl- und Abstimmungsresultaten. Die Ergebnisse der Grossratswahlen vom 5. Mai 1946 wurden nach erfolgter Aufarbeitung in üblicher Weise veröffentlicht. Andere Abstimmungen, wie jene über die Wirtschaftsartikel und AHV sind ebenfalls statistisch bearbeitet worden, wobei die Ergebnisse durch kleinere interne Berichte festgehalten wurden. Aus der Entwicklung der Zahl der Stimmberechtigten gewinnen wir einen Maßstab für die Beurteilung der internen Wanderungen der Bevölkerungsmasse.

6. Revision der Veranlagung der landwirtschaftlichen Betriebe für die Beitragsleistung an die Ausgleichskasse. Im Berichtsjahr mussten 7889 Revisionsgesuche behandelt werden gegenüber 8084 im Vorjahr. Im Jahre 1947 wurden ferner 318 Beihilfegesuche von Gebirgsbauern entschieden. Es waren wiederum eine grössere Zahl von Rekursfällen für die Bestimmung der Renten der Übergangsordnung zur AHV zu begutachten.

7. Viehzählung. Am 21. April 1947 wurde eine allgemeine Zählung der Pferde, des Rindviehs, der Schweine, Schafe und Ziegen sowie der Hühner, der Geflügelbrütereien und der Silobehälter durchgeführt. Die Organisation der Erfassung der Bestände sowie die Überprüfung und Zusammenstellung der Ergebnisse erfolgte durch die Zentralstelle für Regulierung der viehwirtschaftlichen Produktion.

8. Anbauerhebung. Die Anbauerhebung mit Stichtag 21. Juni 1947 wurde im gleichen Umfang wie im Vorjahr veranstaltet unter Verzicht auf die Erfassung der Kleinpflanzer. Wir revidierten die Angaben der Gemeinden und stellten die Ergebnisse zusammen.

9. Erhebung über Wohnungsbedarf und Wohnungsproduktion. Die Diskussion der Neuregelung der Subventionierung des Wohnungsbaues veranlasste die Erstellung einer Bilanz des Wohnungsbedarfes und der Wohnungsproduktion. Eine unterm 23. Januar 1947 versuchte Schätzung erwies die Wünschbarkeit der laufenden Beobachtung, und für den 25. März wurde deshalb eine Erhebung bei allen Gemeinden durchgeführt. Am 10. Juli ging der letzte Fragebogen ein, und es wurden zahlreiche Rückfragen nötig. Das Ergebnis wurde in einer grössern Anzahl von Tabellen festgehalten und bestätigte im ganzen unsere prognostische Schätzung vom 23. Januar. Die Umfrage ist per 25. März 1948 wiederholt worden. Der Vergleich ergibt für den ganzen Kanton eine steigende Produktion.

Je auf Ende März wurden gemeldet:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	In Bau befindliche Wohnungen	Leere Wohnungen Total	davon bereits vermietet
1945 . . .	2638	1310	326	105
1946 . . .	3344	.	.	.
1947[1]). . .	3985	3242	236	98
Jan./März 1948[1]). .	675	3506	275	126

Der Bedarf an neuen Wohnungen ist trotz der intensiven Bautätigkeit immer noch unverändert gross.

Von den im Jahre 1947 3985 erstellten Wohnungen wurden 2662 mit Subventionen und 1323 ohne Subventionen finanziert. Die Subventionsbauten machen also $^2/_3$ aus. Dabei zeigt sich, dass in den städtischen Gemeinwesen der Anteil der Subventionsbauten grösser ist als in den ländlichen. In den Stadtgemeinden machen die Subventionsbauten fast $^3/_4$ der neuerstellten Wohnungen aus. In den Vororts- und in den ländlichen gewerbereichen Ortschaften beträgt ihr Anteil rund $^2/_3$, in den landwirtschaftlich-gewerblich gemischten Gemeinden annähernd die Hälfte und in den extrem landwirtschaftlichen Gemeinden rund $^1/_4$ aller erstellten Wohnungen. Die Aufteilung der erfassten Wohnungsproduktion nach der Struktur der Gemeinden ergibt folgendes Bild:

[1]) Bei Abschluss des Berichtes fehlten die Angaben der Gemeinden Delémont, Fahy, Schattenhalb, Urtenen und Vendlincourt.

Gemeinden mit Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung	Anzahl Gemeinden	Wohnbevölkerung	Neuerstellte Wohnungen mit Subvention	Neuerstellte Wohnungen ohne Subvention	Total	Anteil der Subventionsbauten %
bis 5,0 %	13	240 844	1290	487	1777	72,6
5,1—20,0 %	69	143 613	725	394	1119	64,8
20,1—40,0 %	163	182 848	512	267	779	65,7
40,1—60,0 %	141	104 119	116	126	242	47,9
über 60,0 %	102	47 594	19	49	68	27,9
	488	719 018	2662	1323	3985	66,8

10. Statistik über die Weinernten im Kanton Bern. Seit Jahrzehnten hat das Statistische Bureau jährlich Erhebungen über den Ausfall der Weinernten gemacht und die Ergebnisse dem Eidgenössischen Statistischen Amte zur Publikation zugestellt. Neuestens wird eine ähnliche Erhebung durch die Landwirtschaftsdirektion durchgeführt. Um Doppelspurigkeit zu vermeiden, wird zu prüfen sein, welche der beiden Erhebungen

Jahr	Gemeinden mit Rebbau	Rebenbesitzer	Rebbaufläche im ganzen	Weinertrag		Geldwert der Ernte		Verkehrswert des Rebbauareals		Durchschnittliche Kulturkosten per ha
				im ganzen	per ha	im ganzen	per ha	im ganzen	per ha	
	Anzahl	Anzahl	ha	hl	hl	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1928	17	1101	296,69	12 688,70	42,77	1 366 147	4 605	2 585 890	8 716	2319
1929	17	1182	294,68	16 920,82	57,42	1 572 802	5 337	2 585 430	8 774	2408
1930	17	1304	288,36	17 276,61	59,91	1 389 001	4 817	2 538 994	8 295	2640
1931	17	1260	292,18	13 583,40	46,49	1 135 924	3 888	2 984 790	10 216	2463
1932	18	1274	295,91	9 259,70	31,29	1 054 077	3 562	3 270 982	11 054	2656
1933	18	1248	293,04	5 456,10	18,62	690 276	2 356	3 212 500	10 963	2543
1934	20	1330	290,61	23 688,80	81,51	1 857 599	6 392	3 253 890	11 197	2540
1935	20	1271	292,63	24 466,60	83,61	1 557 831	5 324	2 989 690	10 217	2373
1936	20	1331	299,16	16 418,30	54,88	1 512 290	5 055	3 325 970	11 118	2529
1937	20	1329	301,06	8 564,80	28,45	938 069	3 116	3 422 870	11 369	2656
1938	20	1346	304,15	5 377,30	17,68	623 116	2 049	3 541 550	11 644	2769
1939	20	1349	306,56	15 692,80	51,19	1 222 751	3 989	3 624 894	11 824	2589
1940	18	1285	296,31	6 857,90	23,14	772 826	2 608	3 520 046	11 880	2522
1941	17	1250	298,52	14 067,00	47,12	1 590 187	5 327	3 391 590	11 361	2884
1942	17	1242	294,22	20 892,60	71,01	2 474 616	8 411	3 491 980	11 869	3065
1943	17	1221	282,90	17 402,80	61,52	2 329 066	8 233	4 066 970	14 376	3384
1944	17	1213	285,00	31 897,40	111,92	3 590 558	12 598	3 569 855	12 526	3464
1945	16	1229	286,38	14 988,00	52,34	1 879 401	6 563	4 171 050	14 565	3739
1946	16	1214	288,93	11 841,70	40,98	2 043 062	7 071	4 413 410	15 275	4397
1947	16	1391	284,62	20 949,34	73,60	3 168 215	11 131	5 067 848	17 805	7414

dahinzufallen hat. Damit die Hauptergebnisse der letzten 20 Jahre festgehalten bleiben, geben wir sie auszugsweise wieder (siehe vorstehende Seite).

11. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1943 Fr.	1944 Fr.	1945 Fr.
Barleistungen . . .	6 900 697	7 130 057	8 221 821
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . . .	461 658	454 048	472 109
Total Bruttoaufwand	7 362 355	7 584 105	8 693 930

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1943 Fr.	1944 Fr.	1945 Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	263 714	142 173	247 208
Beiträge von andern Gemeinden. . . .	56 865	28 433	25 208
Beiträge von Privaten	174 283	268 724	139 254
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen .	6 867 493	7 144 775	8 282 260
Total wie oben. . .	7 362 355	7 584 105	8 693 930

Der zu Lasten der Gemeinde fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

	Absolut		Je Kopf der Wohnbevölkerung
1928—1932	Fr. 10 035 440	=	Fr. 14.51
1933—1937	» 8 293 673	=	» 11.48
1938—1942	» 6 649 219	=	» 9.11
1943	» 6 867 493	=	» 9.24
1944	» 7 144 775	=	» 9.53
1945	» 8 282 260	=	» 10.94

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons zuzuzählen.

Nach Ämtern geordnet betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1943, 1944 und 1945 (die Zahlen seit dem Jahre 1928 sind in den früheren Verwaltungsberichten veröffentlicht):

	1943 Fr.	1944 Fr.	1945 Fr.
Aarberg	179 954	187 812	232 842
Aarwangen.	303 367	277 630	326 325
Bern	2 551 487	2 836 182	2 783 571
Biel.	698 857	608 256	667 895
Büren.	88 601	82 770	63 251
Burgdorf.	180 656	220 883	241 456
Courtelary	152 427	102 184	356 948
Delsberg.	124 449	110 761	139 773
Erlach.	48 088	57 119	52 516
Freibergen	16 344	27 907	38 084
Fraubrunnen	81 827	72 384	104 250
Frutigen.	89 140	81 818	87 330
Interlaken	272 781	290 971	330 991
Konolfingen	153 427	166 516	202 299
Laufen	51 335	44 245	101 984
Laupen	82 167	80 056	112 836
Münster	242 901	286 613	402 076
Neuenstadt	38 034	56 394	70 102
Nidau.	112 126	109 245	128 100
Oberhasli	43 345	95 441	84 891
Pruntrut.	241 417	144 503	203 777
Saanen	17 909	29 583	17 453
Schwarzenburg. . .	93 191	80 176	87 213
Seftigen	135 326	141 423	192 347
Signau	122 564	156 704	161 929
Nieder-Simmental. .	51 222	118 021	148 622
Ober-Simmental . .	27 518	42 555	70 057
Thun	464 781	401 440	511 592
Trachselwald. . . .	117 497	149 086	219 555
Wangen	84 755	86 097	142 195
Total	6 867 493	7 144 775	8 282 260

VIII. Salzhandlung

Die Salzrechnung 1947 ergab gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung des Konsums an nicht jodiertem, offenem Kochsalz von 267 050 kg = 10,25%, und im Verhältnis zum Total-Verkauf pro 1947 beträgt der Verkauf an gewöhnlichem Kochsalz 27,27 %.

Umsatz pro 1947

1. Kochsalz

Die Salzfaktoreien haben von den Salinen 8 936 600 kg, nämlich gewöhnliches Kochsalz 2 539 200 kg, jodiertes Kochsalz offen 6 170 900 kg und jodiertes Kochsalz in Paketen 226 500 kg (Vorjahr 8 442 550 kg, gewöhnliches Kochsalz 2 636 450 kg, jodiertes Kochsalz offen 5 592 900 kg, in Paketen 213 200 kg) bezogen und an die Salzauswäger abgegeben:

Salzfaktorei Thun	Kochsalz, gewöhnliches	220 200 kg		
	» jodiertes, offen	1 264 550 »		
	» » in Paketen	21 725 »		
				1 506 475 kg
» Bern	» gewöhnliches	1 099 850 kg		
	» jodiertes, offen	1 198 100 »		
	» » in Paketen	55 325 »		
				2 353 275 »
» Burgdorf	» gewöhnliches	238 000 kg		
	» jodiertes, offen	1 487 200 »		
	» » in Paketen	42 725 »		
				1 767 925 »
» Langenthal	» gewöhnliches	416 200 kg		
	» jodiertes, offen	512 950 »		
	» » in Paketen	17 650 »		
				946 800 »
» Biel	» gewöhnliches	353 600 kg		
	» jodiertes, offen	696 700 »		
	» » in Paketen	38 850 »		
				1 089 150 »
» Delsberg	» gewöhnliches	10 900 kg		
	» jodiertes, offen	815 600 »		
	» » in Paketen	34 150 »		
				860 650 »
» Pruntrut	» gewöhnliches	—.— kg		
	» jodiertes, offen	263 300 »		
	» » in Paketen	7 775 »		
				271 075 »
		Total		8 795 350 kg

Im Vorjahr wurden abgegeben (gewöhnliches 2 605 800 kg, jodiertes offenes 6 050 950 kg, jodiertes in Paketen 216 200 kg) . . . . . 8 872 950 »

Im Berichtsjahr wurden *weniger* verkauft . . . . . 77 600 kg

2. *Andere Salzarten*

	Eingang	Ausgang	Mehrausgang als 1946	Weniger-ausgang als 1946
	kg	kg	kg	kg
Tafelsalz	201 850	197 050	1 375	—
Tafelsalz Grésil	2 720	2 715	1 520	—
Meersalz	50 850	50 050	9 350	—
Gewerbesalz	2 007 300	2 005 150	476 820	—
Vergoldersalz	26 700	26 700	12 900	—
Pfannensteinsalz	—	100	—	400
Nitritpökelsalz	69 700	67 650	10 450	—

Den Rheinsalinen wurden für die sämtlichen Bezüge (Koch- und Spezialsalze) Fr. 1 201 268.50 bezahlt gegenüber Fr. 1 138 420.15 im Vorjahr.

Reinertrag

Dieser geht hervor aus dem Bruttoertrag von		Fr. 1 687 320.75
Übertrag		Fr. 1 687 320.75
abzüglich der Betriebskosten von	Fr. 619 144.88	
und der Verwaltungskosten von	» 33 100.33	
		» 652 245.21
abzüglich ferner des Beitrages an den Verein «Für das Alter», gemäss Gesetz vom 3. März 1929, Art. 2		Fr. 1 035 075.54
		» 200 000.—
		Fr. 835 075.54
verbleiben der Staatskasse als Reinertrag		Fr. 835 075.54
Im Voranschlag war ein Ertrag vorgesehen von		Fr. 700 915.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		Fr. 134 160.54
Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Reinertrag *vermindert* um .		Fr. 51 349.16

IX. Domänenverwaltung

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch einen regen Liegenschaftsverkehr, über den in den nachstehenden Tabellen die nötigen Detailangaben enthalten sind.

Die Tätigkeit der Liegenschaftsverwaltung beschränkte sich indessen nicht nur auf die Geschäfte des reinen Liegenschaftsverkehrs. Die überall herrschende Wohnungsknappheit machte die Beschaffung von Wohngelegenheiten für das Anstaltspersonal notwendig. Nachdem bereits im Vorjahr in Bellelay, Tessenberg und St. Johannsen Personalwohnungen erstellt worden waren, mussten im Berichtsjahr weitere Wohngelegenheiten in St. Johannsen, Brüttelen und Loveresse geschaffen werden. In Vorbereitung steht ferner die Erstellung von 16 Wohnungen für das Personal der Heil- und Pflegeanstalt Münsingen, für die der Grosse Rat durch Beschluss vom 6. Mai 1947 einen Kredit von Fr. 680 000 bewilligt hat. Das notwendige Bauland musste teilweise durch Zukauf beschafft werden. Die Vorarbeiten sind so weit gefördert worden, dass mit den Bauarbeiten anfangs 1948 begonnen werden konnte.

Der Mangel an Bureauräumen machte sich besonders in der Stadt Bern unangenehm bemerkbar. Obwohl durch den stufenweisen Abbau der Zentralstelle für Kriegswirtschaft bereits eine gewisse Entlastung eingetreten ist und einzelne Verwaltungsabteilungen aus Privatwohnungen entfernt werden konnten, standen auf Ende des Berichtsjahres immer noch 35 kleinere und grössere Verwaltungsabteilungen in Miete und beanspruchten insgesamt 256 Räume, darunter zum Teil ganze Wohnungen. Der Mietzinsaufwand für diese Fremdmieten belief sich im Jahr 1947 auf rund Franken 150 000.

Der Raumbedarf, der im Amthaus Bern durch Erhöhung der Zahl der Gerichtspräsidenten entstand, konnte trotz eines Umbaues nicht ganz gedeckt werden, so dass das Richteramt III ausserhalb des Amthauses untergebracht werden musste.

Die kantonale Sanitätsdirektion konnte im November das zu einem Verwaltungsgebäude umgebaute Wohnhaus Metzgergasse 1 beziehen und ist nun dort zweckmässig untergebracht.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Ankäufe

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	Erdreich a	Erdreich m²	Grundsteuerschatzung Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	2	5	95	99	460 740	472 400.—
Burgdorf	2	2	15	30	171 500	525 000.—
Erlach	—	—	3	89	270	850.—
Fraubrunnen	—	—	1	20	—	240.—
Konolfingen	—	—	25	34	1 140	12 670.—
Thun	3	—	6	16	65 090	105 000.—
Wangen	6	25	36	88	347 370	—.—
	13	33	84	76	1 046 110	1 116 160.—

Verkäufe

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	Erdreich a	Erdreich m²	Grundsteuerschatzung Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	6	7	29	77	571 980	617 685.65
Frutigen	—	—	—	—	—	200.—
Interlaken	—	—	3	85	390	961.50
Konolfingen	—	—	25	18	830	1 362.—
Laupen	—	—	—	—	—	20.—
Moutier	3	1	60	16	336 470	330 000.—
Seftigen	—	—	—	—	—	15.—
Signau	—	—	—	—	—	15.—
Trachselwald	—	—	—	—	—	15.—
	9	9	18	96	909 670	950 274.15
Seegrund	—	3	18	06	—	5 603.95
	9	12	37	02	909 670	955 878.10

Im Berichtsjahr wurden folgende An- und Verkäufe sowie Abtausche getätigt:

Ankäufe und Abtausche

1. *Bern.* In Bern fand mit der Burgergemeinde ein Abtausch des von ihr im Jahre 1942 für den Bau einer neuen Kaserne gekauften Landes an der Papiermühlestrasse gegen ein gleich grosses Landstück (412,98 a) am Pulverweg/Bolligenstrasse statt. Grossratsbeschluss vom 22. Dezember 1947. (Siehe auch unter «Verkäufe».)

Von der Pensionskasse Worb & Scheitlin AG., Worb, erwarb der Staat die Liegenschaft Gerechtigkeitsgasse 72/Postgasse 63 in Bern zum Preise von Fr. 470 000, bei einer Grundsteuerschatzung von Franken 412 500. Das Gebäude wird zur Unterbringung von Verwaltungsabteilungen dienen. Grossratsbeschluss vom 22. Dezember 1947.

In Bolligen übernahm der Staat tauschweise, zuhanden der Anstalt Waldau, von A. Gäng und Fr. Gasser in Ittigen und Hs Rud. Gasser in Gümligen die Liegenschaft Nr. 111 an der untern Zollgasse, bestehend aus Wohnhaus mit Scheune und Werkstatt, Hausplatz, Hofraum, Garten, Obstgarten und Acker im Halte von 170,72 a.

In Kirchlindach erwarb er von Rud. Walther eine an das dortige Pfrundgut grenzende Landparzelle von 8 a als Ersatz für eine vom Pfrundgut an F. Scheurer, Verwalter, abgetretene Bauparzelle von ebenfalls 8 a. Kaufpreis Fr. 2400. Grundsteuerschatzung Fr. 420.

2. *Burgdorf.* Im Hinblick auf eine spätere Erweiterung des Technikums Burgdorf haben hier folgende Ankäufe stattgefunden: Von der Erbengemeinschaft Roth: 133,03 a Wiesland im «Gsteig», mit einer Grundsteuerschatzung von Fr. 29 500. Kaufpreis Fr. 290 000; von Frau Anna Monnier-Kindlimann in Cormondrèche das Wohnhaus und Gartenhaus Nr. 5 und 5 a an der Technikumstrasse, mit Umschwung und Land im Halte von 82,27 a und einer Grundsteuerschatzung von Franken 142 000. Kaufpreis Fr. 235 000. Grossratsbeschlüsse vom 17. Februar 1947.

3. *Erlach.* Von Frau L. Braghini in Ins zuhanden der Strafanstalt Witzwil einen Acker im sogenannten Brühlzelgli in Ins im Halte von 3,89 a zum Preise von Fr. 850.

4. *Fraubrunnen.* In Münchenbuchsee von den SBB ein Terrainabschnitt von 1,2 a beim dortigen Bahnübergang zwecks Arrondierung der anstossenden Wegparzelle der Sprachheilschule.

5. *Konolfingen.* In Münsingen für die Erstellung von Wohnungen für das Anstaltspersonal an der Dorfmatte von Alfr. Hofmann, Pfleger, 25,34 a Land zum Preise von Fr. 12 670. Grundsteuerschatzung Fr. 1140.

6. *Thun.* Für die Errichtung einer Polizeihauptwache von der Erbengemeinschaft Dähler eine Liegenschaft an der Aarestrasse Nr. 36, bestehend aus Wohnhaus mit Wasch- und Gartenhaus, im Halte von 6,16 a, zum Preise von Fr. 105 000. Grundsteuerschatzung Fr. 65 090. Grossratsbeschluss vom 17. Februar 1947.

7. *Wangen.* In Oberbipp hat der Staat das dortige bisher auf privater Basis geführte Knabenerziehungsheim, bestehend aus 6 Gebäuden, 2536,88 a Plätzen und Land, mit einer Grundsteuerschatzung von Fr 347 370 übernommen. Grossratsbeschluss vom 17. Februar 1947.

Verkäufe und Abtausche

1. *Bern.* Für den Ausbau des Pulverweges in Bern wurden vom Land für die neue Kaserne 39,07 a mit einer Grundsteuerschatzung von Fr. 3700 an die Einwohnergemeinde Bern zum Preise von Fr. 101 582 (= Fr. 26 pro m², wie im Jahre 1942 angekauft), abgetreten.

An A. Wüthrich und O. Dennler in Bern und Ch. Bigler in Muri die im Jahre 1939 zur Sicherung der zugunsten der Eidgenossenschaft, Staat und Gemeinde Bern darauf lastenden Subventionshypothek übernommenen Liegenschaften Viktoriarain 12 und 14, zum Preise von Fr. 495 000.

Mit der Burgergemeinde der Stadt Bern fand ein Abtausch statt in dem Sinne, dass der Staat das im Jahre 1942 von ihr für einen Kasernenneubau erworbene Land an der Papiermühlestrasse wieder an sie abtritt im Tausch gegen ein Stück Land gleichen Haltes und gleichen Wertes am Pulverweg/Bolligenstrasse. Das vom Staat abgetretene Land wird zur Aufnahme einer Ausstellungs- und Festhalle dienen.

In Bolligen: An die Siedlungsgenossenschaft für Angestellte der Anstalt Waldau: 3,28 a Land vom Mööslig-ut der Waldau, zu Fr. 656, und vom gleichen Gut an 6 Angestellte der Waldau, Mitglieder der vorgenannten Genossenschaft, zusammen 51,25 a Bauland zu total Fr. 10 250.

An die Wohnbaugenossenschaft Bolligen das sogenannte Siebergut der Anstalt Waldau, bestehend aus kleinem Wohnhaus und 69,39 a Land, mit einer Grundsteuerschatzung von Fr. 14 360, zu Fr. 55 962.

An A. Gäng und Fr. Gasser in Ittigen und Hs Rud. Gasser in Gümligen tauschweise die Liegenschaft Untere Zollgasse 116, zur Waldau gehörend, im Halte von 139,06 a, mit einer Grundsteuerschatzung von Fr. 41 540. (Siehe auch unter «Ankäufe».)

Für das ihr eingeräumte Durchleitungsrecht für die Gemeindekanalisation durch eine Parzelle des Mööslig-utes der Anstalt Waldau zahlte die Viertelsgemeinde Ostermundigen eine Entschädigung von Franken 480.

Vom Pfrundgut Kirchlindach an Fr. Scheurer, Verwalter, 8 a Bauland zu Fr. 6400; als Kompensation sind von Rud. Walther ebenfalls 8 a Land zum Preis von Fr. 2400 erworben worden.

Für ein ihm eingeräumtes Kanalisationsdurchleitungsrecht durch eine Pfrundparzelle in Kirchlindach zahlte der vorgenannte F. Scheurer eine Entschädigung von Fr. 25.

2. *Frutigen.* An Notar O. Stoller in Frutigen verkaufte der Staat vom Anteil des Gefangenschaftsgebäudes in Frutigen am Quellenrecht ½ zum Preise von Fr. 200.

3. *Interlaken.* An F. Knuchel, Landjäger in Interlaken, einen ausserhalb der Schlossmauer gelegenen und für den Staat wertlosen Streifen Landes von 76 m² zu Fr. 228.

Zum Zwecke der Friedhoferweiterung in Habkern vom dortigen Pfrundgut an die Einwohnergemeinde 231 m² Land zu Fr. 577.50 und an die Milchverwertungsgenossenschaft zwecks Erweiterung des Vorplatzes ihres Milchlokales 78 m² zum Preise von Fr. 156.

4. *Konolfingen.* In Münsingen an den Kavallerie-Reitverein Aaretal 21,41 a Staudwald an der Aare, zum Preise von Fr. 960.

Die Elektrizitätskommission der Gemeinde Münsingen stellte auf dem Lorygut 3 Leitungsstangen und entrichtete hiefür eine Entschädigung von Fr. 25.

In Schlosswil vom Schlossgut 377 m² Land an die dortige Einwohnergemeinde, für die vorgesehene Friedhoferweiterung. Kaufpreis Fr. 377.

5. *Laupen.* Für die ihr erteilte Bewilligung zum Stellen einer Kabelstange und Verlegen eines Kabels in der Parzelle Nr. 5, dem sogenannten Käppeliwald in Neuenegg zahlte die Telephondirektion Bern eine Entschädigung von Fr. 20.

6. *Moutier.* In Tavannes ist die Zeughausbesitzung bestehend aus 3 Gebäuden und 160,16 a Terrain mit einer Grundsteuerschatzung von Fr. 336 470, zum Preise von Fr. 330 000 an die Eidgenossenschaft verkauft worden. Grossratsbeschluss vom 22. Dezember 1947.

7. *Seftigen* Die Telephondirektion entrichtete eine Entschädigung von Fr. 15 für die erteilte Bewilligung zur Aufstellung einer Kabelstange auf dem Amthausareal in Belp.

8. *Signau.* Der Telephondirektion Bern wurde für die Einlegung eines Kabels in eine Pfrundparzelle in Lauperswil ein Durchleitungsrecht gewährt, und sie zahlte hiefür eine Entschädigung von Fr. 15.

9. *Trachselwald.* In Sumiswald hat die dortige Licht- und Kraftanlage der Einwohnergemeinde ein Recht zur Durchführung eines Niederspannungskabels durch die Pfrundliegenschaft des Staates erworben und hiefür Fr. 15 als Entschädigung bezahlt.

Seegrundverkäufe

					Kaufpreis Fr.
Bielersee:	Neuenstadt	1 000 m²	an	Fl. Imer, Oberrichter, Bern	1000.—
	Ligerz	60 m²	an	Otto Bütikofer, Kaufmann, Paris	180.—
Brienzersee:	Oberried	127 m²	an	Hans Gartenmann, Basel	383.70
	Oberried	40 m²	an	Viktor Grossmann, Oberried	120.15
Thunersee:	Einigen	35 m²	an	E. Kocher, Radios, Bern	105.—
	Leissigen	52 m²	an	W. Zumstein, Kondukteur, Spiez	159.—
	Oberhofen	26 m²	an	Alb. Cosandier, Fabrikant, Solothurn	78.—
	Sundlauenen	52 m²	an	P. Schmitter, Beamter, Bern	156.—
Wohlensee:	Bern-Eymatt [1])	29 857 m²	an	Einwohnergemeinde Bern	3012.60
	Bern-Eymatt [1])	435 m²	an	Chr. Augsburgers Erben, Eymatt	43.50
	Wohlen	122 m²	an	W. Meierhans, Bern	366.—
[1]) Neuland infolge Auflandung		31 806 m²			5603.95

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m²	Grundsteuerschatzung Fr.
Bestand der Staatsdomänen am 31. Dezember 1946	3559	84	25	89 033 416.—
Ankäufe im Jahr 1947, gemäss Aufstellung	33	84	76	1 046 110.—
Zuwachs durch Berichtigungen, von Neubauten, Schatzungsrevisionen der Brandversicherungssummen und entsprechender Erhöhung der Grundsteuerschatzungen sowie von Richtigstellungen der Vermessungspläne herrührend	—	9	03	369 800.—
	3593	78	04	90 449 326.—
Hievon gehen ab:				
Verkäufe, exklusive nicht vermessener Seegrund und Strandboden	9	18	96	909 670.—
Verminderung durch Berichtigung infolge Schatzungsveränderungen, Richtigstellung der Vermessungspläne, Abschreibung von Gebäuden infolge Abbruchs	1	69	51	218 710.—
Bestand auf 31. Dezember 1947	3582	89	57	89 320 946.—

Die Neubewertung des staatlichen Grundbesitzes ist im Rahmen der allgemeinen amtlichen Bewertung im Gange.

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf	Fr. 2 851 509.38
Im Voranschlag waren vorgesehen	» 2 776 450.—
Somit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 75 059.38
Dieser Mehrertrag setzt sich zusammen aus:	
Mehreinnahmen beim Ertrag	Fr. 45 211.60
Minderausgaben bei den Wirtschaftskosten	» 20 563.89
Minderausgaben bei den Abgaben	» 9 283.89
	Fr. 75 059.38

X. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1947 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto				Fr. 7 392 085.01
Kommissionen, netto				» 2 113 019.77
Ertrag des Wechselportefeuilles				» 2 277 883.48
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen				» 531 264.93
Ertrag der Liegenschaften				» 276 817.04
Verschiedenes				» 540 326.04
				Fr. 13 131 396.27
Wovon abgehen:				
Verwaltungskosten			Fr. 8 308 167.44	
Steuern und Abgaben			» 984 715.31	
Verluste und Abschreibungen:				
Verluste auf Wechseln	Fr.	518.80		
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	»	8 171.04		
Verluste auf Hypothekaranlagen	»	—.—		
Abschreibungen auf Mobiliar	»	229 013.45		
Abschreibungen auf Bankgebäuden	»	86 223.—		
Abschreibungen auf andern Liegenschaften	»	—.—		
Rückstellungen für besondere Risiken	»	234 462.65		
	Fr.	558 388.94		
Abzüglich Wiedereingänge	»	65 575.98		
			» 492 812.96	
				» 9 785 695.71
			Jahreserträgnis	Fr. 3 345 700.56
Beantragte Verwendung:				
1. 4 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000			Fr. 1 600 000.—	
2. Zuweisung an den ordentlichen Reservefonds			» 200 000.—	
3. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken			» 1 545 700.56	
				Fr. 3 345 700.56

XI. Hypothekarkasse

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Darlehen auf Hypothek		Fr. 18 519 527.06
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung		» 8 110.55
	Kanton (Domänenkasse)		» 351 974.15
	Gemeinden		» 209 076.35
	Flurgenossenschaften		» 4 189.45
	Bankendebitoren		» 343 397.06
	Ertrag der Provisionen		» 20 703.40
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen		» 1 649 035.75
	Ertrag der Liegenschaften		» 31 053.75
	Summe des Rohertrages		Fr. 21 137 067.52
Kosten:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr. 5 024 236.80	
	Langfristige Kassaobligationen	» 195 000.—	
	Kassascheine und Obligationen	» 2 171 484.75	
	Spareinlagen	» 2 932 540.21	
	Spezialfonds	» 6 574 513.38	
	Depositen in Kontokorrent	» 179 362.48	
	Kreditoren auf Sicht	» 8 512.55	
	Kommissionen	» 24 940.93	
	Bankbehörden und Personal	» 670 842.40	
	Pensionskasse	» 75 557.35	
	Geschäfts- und Bureaukosten	» 52 218.39	
	Emissionskosten für feste Anleihen	» 300 000.—	
	Steuern und Abgaben	» 768 524.20	
	Verluste und Abschreibungen	» 242 623.40	
	Rückstellung für Hülfskasse	» 100 000.—	
	Rückstellung für Baufonds	» 65 000.—	
	Zuweisung an Reservefonds	» 400 000.—	
	Verzinsung des Stammkapitals	» 1 200 000.—	
			» 20 985 356.84
	Ergibt einen Reinertrag von		Fr. 151 710.68

Gegenüber dem Reinertrag des Vorjahres von Fr. 150 234.66 ergibt sich für das Jahr 1947 ein Mehrertrag von Fr. 1476.02.

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke weist für 1947 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1946	Fr.	109 743.25
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft	»	15 297 071.85
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft	»	364 336.65
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften	»	459 667.35
	Summa Rohertrag	Fr.	16 230 819.10

Soll:	Obligationenzinse	Fr.	716 476.45		
	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	»	4 004 888.60		
	Abschreibungen	»	6 401 719.65		
	Zuweisung an die Pensionskasse	»	150 000.—		
	Einlage in den Tilgungsfonds	»	700 000.—		
	Einlage in den Erneuerungsfonds	»	650 000.—	»	12 623 084.70
	Bleibt ein Reinertrag von			Fr.	3 607 734.40

Der Reinertrag wurde wie folgt verwendet:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr.	50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	»	350 000.—
$5^1/_2$ % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56,000,000	»	3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	»	127 734.40
	Fr.	3 607 734.40

Der Energieabsatz ist im laufenden Berichtsjahr mit 1 271 984 990 kWh gegenüber 1 318 801 945 kWh im Vorjahr um 46 816 955 kWh zurückgegangen. Die Nachfrage war anhaltend sehr gross, konnte aber nicht vollständig befriedigt werden, weil infolge der langandauernden Trockenheit die Produktion in den eigenen Laufwerken zurückging und aus fremden Werken nur in reduziertem Umfange Energie bezogen werden konnte.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt gestaltet sich die Energieabgabe in kWh wie folgt:

	1947	1946
Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Haushaltungen	580 623 732	571 340 851
Normalbahnen	75 753 329	69 436 256
Elektrochemische und elektrothermische Betriebe	170 454 642	228 884 060
Schweizerische Elektrizitätswerke	392 040 230	362 653 190
Ausländische Elektrizitätswerke	53 113 057	86 487 588

Zunahmen weisen auf: Allgemeines Licht- und Kraftnetz 9 282 881 kWh, Normalbahnen 6 317 073 kWh und die schweizerischen Elektrizitätswerke 29 387 040 kWh. Abnahmen verzeigen dagegen: Elektrochemische und elektrothermische Betriebe 58 429 418 kWh und die ausländischen Elektrizitätswerke 33 374 531 kWh.

Die Deckung des gesamten Energiebedarfes von 1 271 984 990 kWh erfolgte aus: den eigenen Werken mit 444 532 200 kWh (454 409 300), den Kraftwerken Oberhasli mit 405 246 790 kWh (401 917 641) und fremden Werken, insbesondere der Westschweiz, mit 422 206 000 kWh (462 475 004).

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 42 383 488.30 im Vorjahr auf 44 158 068.85 Franken gestiegen, was einer Mehreinnahme von Fr. 1 774 580.55 entspricht. Dagegen sind auch die Ausgaben von Fr. 27 945 003.70 im Vorjahr auf Fr. 28 860 997 gestiegen. Die Zunahme von 915 993.30 Franken ist auf höhere Personalausgaben und Materialpreise zurückzuführen. Der Bruttoüberschuss des Energielieferungsgeschäftes beträgt Fr. 15 297 071.85 gegenüber Fr. 14 438 484.60 im Vorjahr.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei 13 074 037.80 Franken (10 735 738.80) Einnahmen und 12 709 701.15 Franken (10 442 680.15) Ausgaben einen Bruttoüberschuss von Fr. 364 336.65 (293 058.65).

Die Beteiligungen und Wertschriften haben im Berichtsjahr um Fr. 4 059 600 und die Kassa-, Postscheck- und Bankguthaben um Fr. 7 681 698.05 abgenommen, dagegen die Kontokorrent-Debitoren um Fr. 10 719 536.55 zugenommen. An dieser Zunahme sind die Kraftwerke Oberhasli AG. mit Fr. 8 637 056.40 beteiligt.

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 401 719.65 gegen Fr. 6 235 188.20 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 2. Juli 1948.

Der Finanzdirektor:
Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 10. August 1948

Begl. Der Staatsschreiber i. V.: **Hubert**